

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Racheisen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereten, in Puger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Holzerei, Fliesenleger, Ofen- und Steinholz- und Terrazzoarbeiten

Er scheint wesentlich Sonntags. Monatsbezugspreis 1.- RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Blattes Montags früh

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6 Fernspr.: 27 0300/01 7650, 7651, 6240 Postfach, Berlin SW 62. 2

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentralrat. Geschäftsangelegen nach Tarif durch „Berba“, Berlin SW 11.

Gewerkschaftliche Wirtschaftsvernunft und bolschewistischer Bluff.

Der außerordentliche Gewerkschaftskongress ist des vorordnenen Burgfriedens halber verlagert worden. Er wird nunmehr einige Wochen später sprechen. Bereits gesprochen hat am 22. März der Ausschuss des IFA-Bundes. Er hat nichtern ausgesprochen, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem auf allen Gebieten verlagert hat, auch das internationale Kreditssystem habe sich nicht bewährt. Die Ursache der Weltwirtschaftskrise läge nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet. Im übrigen dürfe die Wirtschaft nicht den Staat, der Staat müsse die Wirtschaft beherrschen. Wir befinden uns heute in einer Uebergangszeit zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Neue Wege zur Umorganisation der Wirtschaft müßten gezeigt werden. Der Reichseinfluß auf die Wirtschaft sei zu verstärken. Zur Wiederbelebung der Wirtschaft gehöre auch in der Außenpolitik die internationale Verständigung.

Das sind klare Gesichtspunkte. Die Ausschubführung des IFA-Bundes hat aber auch Wege gewiesen zur sofortigen Bekämpfung der furchtbaren Arbeitslosigkeit. Die infolge der Finanzierungsnotlage zurückgefallenen öffentlichen Arbeiten müßten sofort in Angriff genommen werden. Das Straßennetz in Deutschland droht zu zerfallen. Reparaturen an Altmwohnungen können auf die Dauer nicht verschoben werden. Auch der Neubau von Kleinwohnungen im Rahmen eines langfristigen Wohnungsbauprogramms sei eine sozial und wirtschaftlich notwendige Aufgabe. Meliorationen könnten den Ertrag der heimischen Landwirtschaft steigern. Reichsbahn und Reichspost müssen Erneuerungsarbeiten durchführen. Alle diese Arbeiten seien zu einem einheitlichen Plan zusammenzufassen. Zur Finanzierung sei in erster Linie eine Arbeitsbeschaffungsanleihe notwendig, die durch entsprechende Propaganda gehobene Geldvorräte mobilisieren kann. Alle in den öffentlichen Haushalten bisher ungenutzten Möglichkeiten sollen zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten ausgenutzt werden. Die durch die Reichsfluchtsteuer erfassten Beträge sind für Arbeitsbeschaffung einzusetzen. Reichsregierung und Reichsbank sollen prüfen, ob ohne Erschütterung der Währung weitere Finanzierungsquellen erschlossen werden können.

Auch der systematischen Heße gegen die Sozialversicherung trat diese Tagung scharf entgegen. Sie forderte die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung und eine Vereinheitlichung der Krisenfürsorge mit der bisherigen gemeindlichen Arbeitslosenwohlfahrt zu einer Reichsarbeitslosenfürsorge, deren Durchführung der Reichsanstalt obliegt. Auf diese Weise würden Arbeitsvermittlung und unterstützende Arbeitslosenhilfe miteinander verbunden, den arbeitsmarktpolitischen Anforderungen würde damit Rechnung getragen.

Das ist praktische Politik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Nüchtern und sachlich wird gezeigt, was ist, ferner sind Bahnen gewiesen, die Auswege zeigen aus dem Schlamassel des kapitalistischen Unsinns. In gleicher Weise wird der außerordentliche Gewerkschaftskongress am 13. April vierhundertfach seine Stimme erheben. Die Reichsregierung wird endlich Farbe bekennen müssen. Hier gibt es kein Kaufspiel mehr. Der Worte sind genug gewechselt. Das geplagte Proletariat will Taten sehen!

Natürlich entdeckt nun auch die sogenannte Kommunistische Partei ihr „arbeiterfreundliches“ Herz. Wenn die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften eine großartige Aktion unternehmen, deren doppelte Zweck die Kontrolle und der Umbau der Wirtschaft sowie deren Wiederinangestaltung durch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ist, dann muß sich auch die bolschewistische Partei in dieser Richtung bemerk-

bar machen. Nur fragt uns nicht wie! Natürlich ist bei ihr alles, was die Gewerkschaften machen, „faschistischer Schwindel“. Die Bolschewistenpartei kann es viel besser. Nur von Moskau u kann das Heil kommen. Und sofort schüttelt sich die Bolschewistenpartei ein „konkretes“ Arbeitsbeschaffungsprogramm aus dem Ärmel. Zugleich wird auch „konkret“ gezeigt, wie eine Fürsorge für die Arbeitslosen aussehen muß. In erster Linie wird für sie „ausreichende Unterstützung“ verlangt. Alle bisherigen Unterstützungsleistungen sind aufzuheben, die Bedürftigkeitsprüfung ist zu beseitigen. Das würde — gering gerechnet — rund und neff jährlich eine Ausgabe von 5 Milliarden erfordern; aber das macht nichts. Die Bolschewistenpartei verlangt außerdem noch kostenlose Abgabe und Verbesserung des Volkskucheneisens an alle Erwerbslosen und ihre Familienangehörigen. Das dürfte eine weitere Ausgabe von etwa 2 Milliarden Mark erfordern. Ferner sollen die Arbeitslosen und ihre Familienangehörigen kostenlos Kleidung und Schuhwerk erhalten. Diese Geschichte dürfte ebenfalls 4 Milliarden Mark kosten. Außerdem sollen die Wohlfahrtsämter für sämtliche Arbeitslosen die volle Miete bezahlen. Das macht etwa 2,5 Milliarden Mark aus. Aber auch dies genügt noch nicht. Die Bolschewistenpartei verlangt auch noch die unentgeltliche Lieferung von Gas und Elektrizität, die Lieferung von einem Liter Milch täglich für alle Kinder der Erwerbslosen, die kostenlose Lieferung von Kohlen und Kartoffeln und die sofortige Auszahlung einer Sonderunterstützung von 10 M an jeden Erwerbslosen und jeden Zuschlagsberechtigten. Es kommt eben auf ein paar Milliarden mehr oder weniger nicht an. Aber diese Bolschewistenperspektive ist verlockend. Fände sie Erfüllung, so könnten alle Arbeitslosen ein schöneres Leben führen als die, die noch in Arbeit stehen...

Die „Rote Fahne“ kennt ihr Publikum. Sie hat ihm schon so viel politischen Sand ins Gehirn gestampft, daß es auf eine Schippe voll Moskauer Sand in die Augen nicht mehr ankommt. Es dürfte tatsächlich heutzutage noch Leute geben, die so etwas für bare Münze nehmen. Aber nun wollen wir einmal fragen, woher man auf jener Seite die Mittel nehmen will, um diese unzähligen Milliardenforderungen auszugleichen. Zunächst verlangt man eine scharf zu hand-

habende Besitz- und Vermögenssteuer. Recht nett und schön. Aber fürs erste dürfte man dafür im Reichstag keine Mehrheit finden und zum andern würde dann die Kapitalflucht aus Deutschland in verstärkter Maße einsehen. Also damit ist es nichts. Ferner wird verlangt die Abschaffung des stehenden Heeres und der sogenannten Severing-Polizei. Leider liegt bei ersterem ebenfalls keine praktische Verwirklichungsmöglichkeit vor, zum andern dürfte Severings Polizei in Preußen-Deutschland-Wildwest heute mehr denn je nötig sein. Aber einmal angenommen, die Schuppe würde abgeschafft und die Moskautribünen überfrügen den Sicherheitsdienst in Deutschland-Wildwest den SA-Männern Hitlers, dann würden die den Sicherheitsdienst auch nicht für ein bloßes Butterbrot täglich verrichten. Sogar wenn man den Rot-Frontkämpferbund zum Sicherheitsdienst in Deutschland-Wildwest berufen würde, dürfte auch dieser nicht umsonst arbeiten wollen. Mindestens und billigerweise müßte man seinen Leuten die Säge der hier geforderten Arbeitslosenunterstützung mit allem drum und dran zubilligen. Und da dürfte die Geschichte ebenso teuer kommen wie heute mit der Severing-Polizei. So ist alles, was die Moskauter ihren gläubigen Lesern in „konkreter“ Weise vorsetzen, ebenso plumper wie nichtswürdiger Bluff. Trotzdem erhebt eine solche Partei den Anspruch, ernst genommen zu werden. Wir danken für Moskauer Backobst...

So sehen wir bei der Sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften ein ernstes, eifriges, vernunftdurchtränktes Streben, um der deutschen Arbeiterschaft aus dem Wirtschaftselend zu helfen, währenddessen bei den Beauftragten Moskaus hinverbrannte Kaffeehausliteraten ihre fürchterlich qualmende Erlösungsfackel schwingen. Diese Herrschaften sind die „Berufenen“. Allerdings, das Arbeiterleben kennen sie nur vom Hörensagen. Aber das macht nichts aus. Die Hauptsache ist Verhehlung — und sie sie noch so plump und hinderbrannt — zur höheren Ehre Moskaus! Die Reichspräsidentenwahl am 13. März hat erfreulicherweise gezeigt, daß es in manchen ernst verhehten Arbeiterkreisen bereits zu dämmern beginnt. Möge bald allen Arbeitern und Arbeiterinnen ein Licht aufgehen über die „Glückseligkeiten“, die ihnen die Moskowiterpartei erbringt will im Verein mit den Sorden Hitlers! Zieht endlich die Augenwandung!

Konferenz des Bundesbeirats und Bundesvorstandes.

Aus Anlaß des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses und weil sich eine Beiratskonferenz als unumgänglich notwendig erwies, hatte unser Bundesvorstand den Beirat zum 21. und 22. März nach Berlin berufen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß sich der Abhaltung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses durch den vorordnenen Burgfrieden allerlei Hindernisse in den Weg gestellt hätten, weshalb im Vorstand des DGB sofort beraten werden müsse, ob dieser Kongress zu verlagern oder dennoch — wie festgelegt — abzuhalten sei. Aus diesem Grunde wurden die Verhandlungen der Konferenz um etwa eine halbe Stunde verlagert, da Kollege Bernbard an der Beratung des Vorstandes vom DGB teilnehmen mußte. Bei Wiedereröffnung der Sitzung widmete Bernbard zu zunächst dem plötzlich durch den Tod aus unserer Mitte getretenen und allverehrten Genossen

Paul Umbreit

einen warm empfundenen Nachruf. Paul Umbreit war einer der hervorragendsten Gewerkschaftsführer unserer Zeit. Vor allem hatte er auch für die Interessen der Bauarbeiterchaft volles Verständnis, was ihm als Redakteur der „Gewerkschafts-Zeitung“ hoch anzurechnen sei. Sein Tod hat in die Reihen der deutschen Gewerkschaftsführer eine schmerzliche Lücke gerissen. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. — Die Konferenz hatte sich während der Rede des Kollegen Bernbard zu Ehren des Verstorbenen von den Sigen erhoben. Kollege Bernbard berichtete weiter, daß der Vorstand des DGB, sieben beschlossenen, den außerordentlichen Gewerkschaftskongress voraussichtlich erst am 13. April abzuhalten. Würde

der Kongress am 23. März sein, so wäre sein öffentliches Wirken stark behindert. Da es jedoch gelte, vor allem die Öffentlichkeit in der Frage der Arbeitsbeschaffung mobil zu machen und auch die Meinung der Reichsregierung zu dieser Frage auf dem Kongress zu hören, habe sich die Vertagung als notwendig erwiesen. Dann sprach Bernbard über

die allgemeine Lage.

Das erfreuliche Ergebnis der Reichspräsidentenwahl am 13. März dürfte auch wirtschaftlich eine gewisse Veranlassung auslösen. Der Spuh des Faschismus ist gestoppt. Eine innerdeutsche Währungsunion erhebt sich ausgetragenen, das Vertrauen des Auslandes zu Deutschland dürfte nunmehr steigen. Bisher sei durch die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei alles gegeben, um in der brennenden Frage der Arbeitsbeschaffung Merkbares und Greifbares durchzusetzen. Ueber diese Bemühungen ist im „Grundstein“ immer ausführlich berichtet worden. Dem Wohnungsbau stellen sich in einflussreichen Kreisen allerlei Bedenken entgegen; diese pessimistische Stimmung habe sich jedoch in neuerer Zeit etwas gebessert. Schließlich sei im Reichswirtschaftsrat ein Arbeitsbeschaffungsplan zustande gekommen, den der Reichsarbeitsminister in seinen entscheidenden Teilen aufgegeben hat. Die vielen Kundgebungen in allen Teilen des Reiches dürften zur Entfaltung des Planes beigetragen haben. Man solle jedoch die Hoffnungen nicht allzu hoch schrauben. Immer noch sei die Beschäftigungslage unakutiert, sie werde erschwert durch zum Teil unbegründete Inflationsbedenken. Mancher der auch schon im „Grundstein“ erörterten Vorschläge biete mögliche Lösungen, o hne das Finanzgebäude

des Reiches zu erschüttern. Die Inflationsangst ist vielfach überhand genommen. Jedenfalls aber ist die Wohnungsnot noch dringender, ferner bieten die Reparaturarbeiten für Hunderttausende von Bauarbeitern vorübergehende Beschäftigung. Immer wieder mußte darauf hingewiesen werden, daß die Gemeinden das Recht haben, auf Grund der Bestimmungen des Reichsmietengesetzes solche Reparaturen anzuordnen. Ueber den Wohnungsbau hinaus mußte der Straßenbau und der sonstige Tief- und Feinfachbau angesprochen werden. Andere Bemühungen zur Arbeitsbeschaffung werden wir unbedröht fortsetzen, und zwar nicht nur im Interesse der Bauarbeiter, sondern im Gesamtinteresse der Wirtschaft.

Der weitere Aufbau ist auf die Dauer unhaltbar. Die Arbeitslosigkeit in allen Sparten des Baugewerbes und in den Baustoffbetrieben habe einen unheimlichen Grad erreicht. Die in manchen Wirtschaftskreisen aufgetauchten Gedanken, Arbeitsaufträge aus Lohnstellen der Arbeiter zu finanzieren, seien zu verwerfen; dagegen sprechen wirtschafts- und sozialpolitische Gründe. Auch könne man sich solchen Palliativmaßnahmen die Wirtschaft nicht „ankurbeln“. Vor allem sollte man dabei auch nicht die Wirkung auf das Ausland außer acht lassen. Wenn da und dort Arbeiter auf solche Vorschläge herineigenen sind, so habe sie dazu nur die große Not veranlaßt, die ihnen keine andere Wahl übrig ließ. Auch unsere Stellung zum

freiwilligen Arbeitsdienst

ist hinreichend bekannt. Sie bleibt die alte. Wir bedauern lebhaft, daß man immer wieder bemüht ist, diesem verfehlten Projekt neues Leben einzublasen. Alle bereits gemachten Erfahrungen auf diesem Gebiete sprechen gegen den freiwilligen Arbeitsdienst. Bei den Führerarbeiten ergeben sich ebenfalls manche Mängel. Man verläßt sich auf die Organisation der Arbeiter und den Fortschritt zu prellen. Gegen solche Vorkommnisse ist scharf Stellung zu nehmen. Die Lehrlings- und Jugendfragen werden von uns trotz Krise nicht außer acht gelassen; erfreulich ist die verhältnismäßig starke Beteiligung unserer Jugendlichen an den von der Reichsanstalt gestifteten Jugendkursen. Im Bezirk Frankfurt a. M. werde hierin geradezu vorbildlich gearbeitet. Es sei zu wünschen, daß dieses Problem auch künftig nicht vernachlässigt wird. — Die Zahl der baugewerblichen Lehrlinge geht erfreulicherweise zurück. Das ist dringend notwendig; nach unserer Schätzung von 7. März waren im Bunde 14 659 Lehrlinge (65,8 %) als arbeitslos gemeldet. In der Frage der Sicherung der Baugewerksleute mußte das Reichsmietengesetz zugunsten der Eigentümer geändert werden. In der Werbearbeit für die Organisation darf auch in diesen schweren Zeiten nicht nachgelassen werden. Immer wieder müssen die unorganisierten Kollegen auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Vereinigung hingewiesen werden! — Abschließend berichte ich Kollegen auf dem ausführlich über die Angriffe mannigfacher Art, denen wieder in verstärktem Maße die

Sozialversicherung und das Arbeitsrecht ausgesetzt sind. Vor allem werden neben der Arbeitslosenversicherung die Unfall-, die Invaliden- und die Knappschaften genannt. Der finanzielle Stand der gewerkschaftlichen Organisationen sei allerdings bedenklich, aber wie immer in der Wirtschaftslage sei es die Pflicht, die Sozialversicherung und das Arbeitsrecht ausgesetzt sind. Vor allem werden neben der Arbeitslosenversicherung die Unfall-, die Invaliden- und die Knappschaften genannt. Der finanzielle Stand der gewerkschaftlichen Organisationen sei allerdings bedenklich, aber wie immer in der Wirtschaftslage sei es die Pflicht, die Sozialversicherung und das Arbeitsrecht ausgesetzt sind.

In der Aussprache, die sich zu dem Vorstandsbericht in zunehmendem Maße bewegte, wurde angeregt, künftig auch arbeitslose Kollegen im Bunde aufzunehmen. Dem freiwilligen Arbeitsdienst wurde anhand besonderer Erfahrungen lebde erprobliche, moralische oder praktische Bedeutung abgeprochen. Verschiedentlich wurde mitgeteilt, daß Flugregulieren, Schweißarbeiten und ähnliche reguläre Bauarbeiten im freiwilligen Arbeitsdienst hergestellt werden. Verheiratete Bauarbeiter liegen beim Wohlfahrtsamt, um auswärts oder werden junge Leute herangezogen, die diesen gelernten Arbeitern und ihren Familien das Brot wegnehmen. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden wurde beschlossen, die Ziffer 3 des § 14 der Bundesstatute in dieser Richtung dahingehend auszulagern, daß auch nach besonderer Prüfung und in Ausnahmefällen arbeitslose Kollegen Mitglieder des Bundes werden dürfen. Dann sprach Kollege Scheibel über die

Lohnbewegung im Baugewerbe.

Die markantesten Vorgänge auf diesem Gebiete seien aus dem „Grundstein“ bekannt. Der Redner kritisierte die rigorose Stellungnahme der Unternehmer zur künftigen Lohngestaltung im Baugewerbe und die bekannte Haltung des Reichsarbeitsministeriums in dieser Frage. Zunehmend laufe die Fiktion der Unternehmer darauf hinaus, die Lohnverhandlungen zu verstopfen. Bisher ist es nur in 7 Bezirken für 9 Lohngebiete und freiben in jeder Weise Sabotage, um nach Ablauf der Dritten Notverordnung in der Lohngestaltung „freie Bahn“ zu haben. Sie erklären sich auch überall gegen die Einführung der Dreijahreslöhne. Die Unternehmer hoffen, daß das Reichsarbeitsministerium nach dem 30. April gegen das „freie Spiel der Kräfte“ im Baugewerbe nicht einzuwenden haben dürfe und sogar diesen Zustand bewußt fördern werde. Im übrigen geht die allgemeine Seege gegen die „hohen“ Bauarbeiterlöhne ungebändert weiter. Es dürfe nicht wundernehmen, wenn man — wie schon öfters — auch jetzt wieder ein

Ausnahmengesetz gegen die Bauarbeiterschaft zu schaffen bestrebt sein wird. Wir werden alle nur möglichen Mittel heranziehen, um die reaktionären Pläne unserer Gegner durchkreuzen zu können. Ausführlich besprach der Redner die während der Besetzung einwirkende Politik. In der Aussprache erörterten alle Redner die Ausschreitungen des Reichentums anhand eigener Wahrnehmungen. Dem Trugschluß, bei weiserer enormer Senkung der Bauarbeiterlöhne könne die Bauwirtschaft wieder angefaßt werden, unterliegen außer den Bauunternehmern und den Bürokraten im Reichsarbeitsministerium

auch alle jene, die entweder von der Bauwirtschaft nichts verstehen, oder die aus reaktionärem „Prinzip“ jeden Arbeitslohn als „hoch“ befinden. Diese Einstellung trifft vor allem auf die Bauarbeiterlöhne zu. Kollege Bernhardt ergänzte noch in längeren Ausführungen die sachlichen und tatsächlichen Argumente und wies dabei auch darauf hin, daß etwa zwei Drittel unserer Mitglieder heute nur noch bis zu einer Mark Stundenlohn erhalten. — Nach Abschluß der Aussprache konnte der Vorsitzende feststellen, daß über die einzuschlagende Politik völlige Einmütigkeit herrscht. Hierauf referierte Kollege Bernhardt über einen vom Vorstand ausgearbeiteten

Ausschussungsplan des Bundes

für die Jahre 1932/33. Er beleuchtete zunächst den Mitgliederbestand innerhalb des Bundes; der Mitgliederbestand ist zur Zeit beinahe auf den Stand von 1927 gesunken. Dieser aus der ungeheuren Wirtschaftskrise erklärende Mitgliederabgang wirkt sich schmerzhaft auf die Bundesfinanzen aus. Unter Zugrundelegung des verfügbaren Bundesvermögens seien für 1932/33 Berechnungen angefertigt worden, um festzustellen, in welcher Weise der Baugewerkbund durch die gesamten Krisenjahre gebracht werden könne, ohne seine Aktionsfähigkeit einzubüßen. Der Redner erläuterte im einzelnen den Vorschlag, der in Einnahmen und Ausgaben ergibt, daß die Möglichkeit hierfür vorliegt. Im jedoch ganz sicher zu gehen, seien bei den erheblichen Einschränkungen in den Gehaltsfragen und bei dem gesamten Verwaltungsapparat des Bundes, die bereits im Herbst vorigen Jahres eingeleitet haben und im Voranschlag ergänzt werden, erweisen sich auch einige geringe Einschränkungen im Unterhaltungsweisen als notwendig. Für den einzelnen Unterhaltungsfall bei Erwerbslosigkeit und Sterbefällen soll nunmehr der Quotenschnittbeitrag der vor dem Unterhaltungsfall zuletzt geleisteten 13 Beiträge gelten. Ferner wäre die Ziffer 5 des § 29 der Satzung auf Grund gemachter Erfahrungen und der Gerechtigkeit halber dahingehend zu ändern, daß die Höhe der Unterhaltung im einzelnen zu berechnen ist nach dem Beitrag der Berufsgruppe, der der Unterhaltungsbeitrag angehört. Die Unterhaltungsätze in Sterbefällen sollen vom 1. April 1932 an die Hälfte des ursprünglichen Satzes betragen. Ferner ist nötig, die Ausgabe für invalide Mitglieder noch mehr herabzusetzen. Trotz der Kürzung der Unterhaltungsätze seien die Ausgaben für die invaliden Mitglieder im bedenklichen Steigen begriffen. Von Tag zu Tag werden neue Mitglieder zum Bezug der Invalidenunterhaltung angemeldet, so daß für das Jahr 1932 etwa eine Million Mark erforderlich wären, um diese Unterhaltung abzugeben. Ueber die einzelnen Veränderungen der Satzung soll im nächsten Herbst berichtet werden. Wenn diese Änderungen angenommen werden, so lasse sich der Vorstaat des Bundes vollständig ausbalancieren. Wir müssen in solchen Fällen die Beschlüsse auf uns nehmen; es ist unsere Pflicht, die Organisation unter allen Umständen über die große Krise hinwegzubringen. Es könne leicht möglich sein, daß die im Voranschlag für Streiks und Aussperrungen in Ansatz gebrachte Summe nicht ausreicht. Das ist ein Posten, der stets dem Zufall ausgesetzt ist und sich je nach den Umständen ändern kann. Der Beitrag sollte deshalb dem Bundesvorstand Vollmacht geben, im Falle außergewöhnlicher Kampfsituationen vorübergehend die Erwerbslosenunterhaltung zu kürzen zu dürfen. Wir bedauern, daß alle hier vorgeschlagenen Maßnahmen nicht so rasch angenommen werden können, so daß wir wieder rückgängig gemacht werden müssen; es ist unsere Pflicht, die Organisation unter allen Umständen über die große Krise hinwegzubringen. Es könne leicht möglich sein, daß die im Voranschlag für Streiks und Aussperrungen in Ansatz gebrachte Summe nicht ausreicht. Das ist ein Posten, der stets dem Zufall ausgesetzt ist und sich je nach den Umständen ändern kann. Der Beitrag sollte deshalb dem Bundesvorstand Vollmacht geben, im Falle außergewöhnlicher Kampfsituationen vorübergehend die Erwerbslosenunterhaltung zu kürzen zu dürfen.

Kampfscharakter der Organisation

herausstellen. Wir drohen nicht, aber wenn man uns herausfordert, so müssen wir dementsprechend unsere Maßnahmen einleiten!

Nach eingehender Aussprache wurden sämtliche Vorschläge des Bundesvorstandes angenommen. Einmütig wurde auch dem Bundesvorstand in der ihm angetragene Vollmacht erteilt, im Falle außergewöhnlicher Kampfsituationen die Erwerbslosenunterhaltung auf unbestimmte Zeit aussetzen zu dürfen.

Damit hatte die Beratung erschöpft. Im Schlußwort gedachte der Vorsitzende des Vorkrisenjahres Goethe, der heute vor hundert Jahren verstorben ist. Vor allem erinnerte er an den Anspruch Goethes, immer zu verjagen, nimmer sich zu beugen und sich stets kräftig zu zeigen!

Antreten zum zweiten Wahlgang!

Der erste Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 13. März hat keine endgültige Entscheidung gebracht. Aber eine Gewißheit geht aus dem Ergebnis hervor, im zweiten Wahlgang kann es im Kampf um die Reichspräsidentenwürde nur einen Sieger geben: Hindenburg! Doch diese Gewißheit darf keine Sorglosigkeit aufkommen lassen. Der Feind ist im ersten Wahlgang geschlagen, aber er ist noch nicht erliegt; er bleibt gefährlich und stark. Sorglosigkeit darf den Erfolg des ersten Wahlgangs nicht in Frage stellen, wenn auch der Stimmenvorsprung für den Kandidaten der verfassungstreu bewirkenden Deutschlands so groß ist, daß eine Lebererkrankung so gut wie ausgeschlossen erscheint. Im zweiten Wahlgang kommt es darauf an, die große Wirkung des Erfolges aus dem ersten Wahlgang zu befestigen und auszuweiten. Die Wähler fallen nicht nur um den Mann, der Präsident der Deutschen Republik wird; es geht beim zweiten Wahlgang um mehr. Es kommt darauf an, den Eindruck vom 13. März zur Gewißheit zu machen: Das am politischen Abgrund entlang laumende deutsche Volk ist lebend geworden und beginnt die Gefahr zu erkennen, in der es schwebt.

Die Wirtschaftskrise, die unangenehm Erstenen vernichtet, Not und Elend über uns brachte, warf Millionen aus dem Gleichgewicht geratener, verwirrter Menschen dem Faschismus in die Arme. Die politischen Abenteuer der Reichspräsidentenwahl ließen ein Feuerwerk unheilvoller und ungeheurerer Verwirrung über eine Unhängerschaft herniederprägen, die völlig arbeitslos geworden war und alles Verpöndene als bare Münze nahm. Es gelang den nach den Forderungen des Reiches schwebenden Schwabeneuren des Faschismus, was bisher kaum einer

Partei gelang: die politische Dummheit im Großen zu mobilisieren. Mit dieser Riesenschar von Anhängern des politischen Wunderglaubens erpöhten die machtlustigen und nach Verjagung drängenden Paladine des „Dritten Reiches“ die Gewalt über das deutsche Volk zu ertingen. Die Reichspräsidentenwahl sollte die Entscheidung bringen. Mit dieser in Aussicht genommenen nicht gekanntem Umfang wurde der Wahlskampf betreten. Bei den Wahlanhängern stand ihr Sieg fest, ihre Führer hatten ihn prophezeit. Dieser hatte ausländischen Berichterstattern bereits seine ersten Regierungsmaßnahmen angekündigt. Die SA war mobilisiert und bereit, sofort die Polizeigewalt auszuüben. Das Wahlergebnis brachte die Niederlage in einem Ausmaß, wie man sie sich im Wahljahr nicht träumen konnte. Die bereits gedruckten Siegesplakate mußten eingeklopft, die SA-Landknechte nach Hause geschickt werden. Befestigung und Niedergeschlagenheit traten an die Stelle der Siegeshoffnung. Der so bestimmte von den obersten Führern angekündigte und nicht eingetretene Sieg mußte den Wahlsieger und den absoluten Gläubigen an den Erfolg erschüttern. Eine Partei, deren politische Zielsetzung auf klarer Erkenntnis und nichterner — der Wirklichkeit entsprechender — Lieberzeugung beruht, kann Enttäuschungen leichter vermindern als eine Partei der Ergebung harterender Wundergläubiger. Der Glaube an das „Dritte Reich“ ist bei den Wahlanhängern erschüttert und damit die Voraussetzung zum Niedergang geschaffen. Im diesen Niedergang klar aufzuzeigen und damit dem aufgeblasenen und innerlich hohen Nazi-Popanz einen weiteren Stoß zum Absturz zu verfechten, darum geht es beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl.

Das deutsche Volk hat während der Krise genug Unglück zu ertragen, es darf sich nicht noch das schicksalliche Unheil dazu aufbürden. Was uns not tut, ist Arbeit und Vertrauen im eigenen Volke und Vertrauen des Auslandes zu uns. Das Vertrauen ist die Voraussetzung zur politischen Wendung im Innern unseres Landes und nach außen. Die Befestigung der Reparationslasten, Beschaffung von Krediten und damit zur Arbeits- und Erwerbsgelegenheit für unser Volk. Das Vertrauen kehrt zurück in dem Maße, in dem wir uns geltend, den Faschismus zurückzubringen. Der Staat ist das Haus, in dem wir wohnen müssen, an dem wir noch weiter anzubauen haben. Dieses Haus ist umlagert von Brandfährten, die es zerstören wollen. Sie unerschütterlich zu machen, ist unsere erste Aufgabe, die zweite: dann das Haus wohnlich einrichten. Die Brandstifter sind die Faschisten, die es zu schlagen und zu vertreiben gilt. Für den denkenden Arbeiter gibt es für den zweiten Wahlgang am 10. April keine Fernreden von der Wahl, weil die Wahl Hindenburg gesichert erscheint; für ihn bedeutet sie gleichzeitig auch die Voraussetzung für die Landtagswahlen am 24. April. In denen das politische Schicksal der größten deutschen Länder auf Jahre hinaus entschieden wird. Eine Schicksalsfrage wird geschicklicher, Bedeutung für das deutsche Volk gilt es am 10. April zu entscheiden. Für das arbeitende Volk kann es darum nur eine Entscheidung geben:

Schlagt Hitler! Wählt Hindenburg!

Eine „vorbildliche“ Entschliegung.

Wie ein klaffender Rißer umfließt die „Rote Fahne“ und das ihr nabehende Pressegebiet der „Krisenkonferenz“. Der Ernst und Zweck dieses Kongresses ist diesem Rißer völlig schnuppe. Man kann sogar sagen, daß ihm gar nichts daran gelegen ist, wenn dieser Kongress Erfolg hätte. Denn aus dem Not und dem Elend löst die „Rote Fahne“ ihre Agitations- und Verhetzungsmittel. Am liebsten würde das Blatt sehen, wenn dieser außerordentliche Gewerkschaftskongress zu einem wahren Sozialabwahn ausartet; es begrüßt mit Freuden jede Verammlung von Erwerbslosen oder der RWO, wo man vollkommen unbefunden und widerrechtlich zu diesem vom RWOZ, inberräumen Kongress sogenannte Delegierte wählt. Kräftig ist man bemüht, diesen der Arbeitsbeschaffung gewidmeten Kongress der freigebergschaftlich organisierten Arbeiterkraft zu einem Klamauk ausarten zu lassen.

Wegelert berichtigte die „Rote Fahne“ in ihrer Nummer vom 18. März über eine Bauarbeiterverammlung in Zwettau in Sa. Nach der „Roten Fahne“ war diese Verammlung von deutschen Baugewerksbund einberufen, jedoch verlangten die RWOZ-Männer, daß ein Vertreter dieser konfusen Zersplittererguppe dort sprechen sollte. Nach der „Roten Fahne“ wurde die Verammlung „fluchtartig“ verlassen habe. Wir wissen genau — da die „Rote Fahne“ in solchen Dingen das Blaue vom Himmel zu lägen pflegt —, daß die Sache sich jedenfalls etwas anders abgespielt hat. Uns interessiert an dieser Stelle eher die „Entschliegung“, die in jener angeblüh von der RWOZ berherrschten Verammlung angenommen worden ist. Nach der „Roten Fahne“ wurde einstimmig beschlossen, in der Vertreterverammlung zu beantragen, den Verwaltungsbeitrag Bunde gekürzt zu werden, Erwerbslose aufzuheben und die vom unterfertigungen wieder voll auszugeben. Ferner war beantragt, die Verbandsbeiträge auf das „wirkliche Maß“ eines Stundenlohnes herabzusetzen. Ferner war in dem Antrag enthalten, daß die Geschäfte der Angestellten nicht höher sein dürfen als der Lohn eines besqualifizierten Arbeiters.

Diese Entschliegung nennt die „Rote Fahne“ vorbildlich. Damit wissen wir endlich, was die „Rote Fahne“ unter „vorbildlich“ versteht. Wenn nur noch 10 % der Mitglieder des Baugewerksbundes in Arbeit stehen, dann sollen auf der einen Seite die paar noch eingehenden Beiträge in jeder Art und Weise beschnitten, dagegen aber die Unterfertigungen in aller Weise ausgebaut werden. Wie hat sich unter Bundesvorstand dabei zurecht kommen soll, darüber imponiert der „Roten Fahne“ nicht. Sie findet eine solche Entschliegung „vorbildlich“ nicht. Sie findet eine solche Verwirklichung eines solchen Antrages bestenfalls ein wenig günstig, die „Rote Fahne“ immer. Es kann ihr gar nicht genug drunter und drüber gehen, denn aus solchen Offiziellen laugt die sogenannte Kommunistische Partei und laugen ihre RWOZ-Anhänger hohleköpfigen Honig. In einem könnte man allerdings mit dieser Entschliegung einverstanden sein, nämlich an einer Stelle, wo gesagt wird,

die Gehälter der Angestellten dürfen nicht höher als der Lohn eines bestqualifizierten Arbeiters sein. Dann würde vielfach unser Angestellter zu leicht werden müssen, denn die meisten von ihnen arbeiten heute nur noch zum Stundenlohn der Maurer, der nicht entfernt herantastet an den Verdienst best qualifizierter Arbeiter. Aber so war das jedenfalls nicht gemeint. Die Macher der „Roten Fahne“ sollten doch unser Kollegen in Zwenkau einmal mitteilen, ob sie auch nur zum Maurer-Stundenlohn arbeiten, die Kollegen würden dann allerlei Neugigkeiten erfahren können...

Bemerkte ich noch, daß jene von der R.O.D. beherrschte Versammlung beschloß habe, einen „oppositionellen“ Kollegen zum Reklamationseß des R.O.D. nach Berlin zu entsenden. Hier muß ich die Frage auf: Wer bezahlte die Delegation dieses famosen Delegierten, der bezahlte vor allem sein Fahrgehalt? Denn darum kann es sich in der Hauptsache nur handeln, denn der Mann käme nach Berlin, könnte in respektvoller Entfernung des Reichstagsgebäudes stehen, und nachdem er sich die Beine in den Leib gestan- den, wieder nach Zwenkau zurückkehren. Aber so etwas paßt eben der „Roten Fahne“! Alles durcheinander bringen und den nötigen Klamak machen! Dann wird schon schief gehen. Jedenfalls wissen wir aber nunmehr, was die Männer der „Roten Fahne“ unter „vorbilliger Ent- scheidung“ verstehen! Das wäre der einzige Gewinn für uns...

Die Rechtsstellung der Gesellenausschüsse.

Gesellenausschüsse bestehen oder sind zu errichten so- wohl bei den Innungen als auch bei den Handwerkskam- mern. Die Gesellenausschüsse sind Organe dieser Hand- werkskörperschaften zu dem Zweck, die Interessen der Ge- sellen (Gesellen) und Leistung zu bringen. Die Gesellen- ausschüsse sind dagegen ebensowenig wie die geschlichen Betriebsvertretungen nach dem Betriebsratsgesetz Vereini- gungen von Arbeitern, sie können daher insbesondere keine Tarifverträge mit den Innungen abschließen.

Eine vollkommene Parität der Arbeiter- und Inter- nementseite innerhalb der handwerklichen Selbstverwal- tung, wie sie den Grundfragen des modernen Arbeits- und Sozialversicherungsrechts entsprechen würde, wird durch die Errichtung der Gesellenausschüsse weder herbeigeführt, noch lag sie im Sinne des Gesetzgebers der Gewerbeordnung. Auch die Handwerksnovelle vom 11. Februar 1929, deren Hauptzweck eine organisatorische Verbesserung des Hand- werkswesens war, hat hieran nichts ändern können. Viel- mehr fragen auch heute noch die Handwerkskammern be- züglich des Charakters, die Innungen die freiwillige wie Zwangsinnungen — gleichzeitig neben ihrer Eigenschaft als Selbstverwaltungskörper des öffentlichen Rechts den Cha- rakter von Arbeitgeberverbänden; letzteres kommt z. B. in der Redefprechung über die Tariffähigkeit der Innungen zum Ausdruck.

Trotzdem dürfen weder die Aufgaben noch die Wirk- samkeit der Gesellenausschüsse in den Hand- werkskammern und den Innungen unterschätzt werden. Sind sie doch im Handwerk, soweit sich nicht eine tarif- vertragliche Autonomie hat durchsetzen können, die einzigen Einrichtungen, um Einfluß auf die Arbeits-, Lebens- und Fortkommensbestimmungen der Gesellen und Lehrlinge zur Geltung zu bringen. Dies ist besonders wichtig auf den vom Tarifvertrag nur teilweise oder gar nicht erfüllten Gebieten des Lehrlingswesens oder des Gesellenprüfungs- wesens. In den §§ 95 Abs. 2, 100 c, 103 k der Gewerbe- ordnung werden außer diesen Gebieten noch eine Reihe von andern, für die Arbeiter wichtigen Gegenständen (z. B. Entschaffen über sozialpolitische Fragen) und Einrichtungen (z. B. Innungskrankenkassen) hervorgehoben. Die genaun- ten Vorschriften der Gewerbeordnung wollen nur das Mindestmaß der Beteiligung der Gesellen- ausschüsse ausstellen; eine weitergehende Mitwirkung kann im Innungsstatut und in den Satzungen der Hand- werkskammern vorgesehen werden. Insofern hat wohl keine Handwerkskörperschaft von dieser Möglichkeit Ge- brauch gemacht; im Gegenteil liegt die Erfahrung, daß sich die Gesellenausschüsse mit aller Energie für die Verwirkli- chung des gesetzlichen Mindestmaßes ihrer Mitwirkung einsetzen und gegen eine Verkümmern ihrer Rechte küm- fig wehren müssen. Dabei ist es für die Gesellenausschüsse, an deren Bildung und Tätigkeit die Gewerkschaften das größte Interesse haben, notwendig, daß die Gesellenauss- chüsmitglieder über den Umfang ihrer Wirkungsrechte genau unterrichtet sind.

Bei den Handwerkskammern besteht ein bloßes „Mitwirkungsrecht“, bei den Innungen bedürfen dagegen die Beschlüsse der Innungsversammlung über Lehrlings- und Prüfungsangelegenheiten usw. der Zustim- mung des Gesellenausschusses. Sagen daher die Hand- werkskammern die Gesellenausschüsse z. B. zu der Be- schlussfassung in der Vollversammlung ordnungsmäßig zu- gezogen, sind die Gesellenausschüsmitglieder aber bei der Abstimmung überstimmt worden, so ist den gesetzlichen Vor- schriften Wenige geschehen. Indessen vermag einer Mit- glied des berechtigten Wünsche und Interessen des Ge- sellenausschusses der Umstand entgegenzuwirken, daß fast alle hier in Frage kommenden Beschlüsse der Handwerks- kammer der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde bedürfen (in Preußen des Ministeriums für Handel und Gewerbe). In § 103 Abs. 4 der Gewerbeordnung ist insbesondere die Genehmigung der Vorschriften zur Rege- lung des Lehrlingswesens vorgeschrieben, wozu die allge- meinen Vorschriften, die speziellen Lehrlingsordnungen für einzelne Handwerke, die Vorschriften über die Lehrlings- höchstzulassen (§ 130 R.O.D.) und über die Dauer der Lehr- zeit in den einzelnen Gewerben (§ 130 a R.O.D.), ferner die Aufstellung von Lehrvertragsordnungen, die Richtlinien über den Inhalt des Lehrvertrags im ganzen wie im ein- zelnen und die Bestimmungen über die Gebühren für die Eintragung in die Lehrlingsrolle gehören. Die Stellung- nahme des Gesellenausschusses, auch wenn seine Mitglieder überstimmt werden, wird dabei immer von Bedeutung bei der Erstellung der staatlichen Genehmigung sein. Erst mit der Genehmigung erlangen die Beschlüsse Wirksamkeit.

Die von der Handwerkskammer beschlossenen Vor- schriften über das Lehrlingswesen haben den Vorrang vor den diesbezüglichen Beschlüssen der Innungen, während umgekehrt die Prüfungsbestimmungen der Zwangsinnungen und (soweit die Handwerkskammer eine Ermächtigung er- teilt hat) der freien Innungen die Errichtung von Prüfungs- ausschüssen durch die Handwerkskammern ausschließen.

Bei den Innungen ist die Stellung der Gesellenauss- chüsse dadurch verfräht, daß sie den Beschlüssen der In- nungsversammlung zustimmen müssen (§ 95 Abs. 4 R.O.D.). Wird die Zustimmung verweigert, so kann die Aufsichts- behörde sie ergänzen. Gegen den Beschluß der Innungs- ausschüsse über die Ergänzung des Innungsbeschlusses durch Ersatzkammern ist nach § 86 Abs. 7 die Beschwerde bei der höheren Verwaltungsbehörde, in Preußen der Rege- rungspräsident, endgültig zu entscheiden.

Solange die Zustimmung fehlt und auch nicht erteilt worden ist, kann der Beschluß der Innungsversammlung keine Wirksamkeit erlangen. Hier ist also die Gewähr ge- geben, daß der Gesellenausschuss seinen Einfluß geltend machen kann. Soweit es sich dagegen um Angelegenheiten handelt, über die entweder eine Beschlussfassung der In- nungsversammlung nicht herbeigeführt wird oder bei denen nur durch das Innungsstatut die Beteiligung des Gesellen- ausschusses vorgehoben ist ohne daß sie gesetzlich vorge- schrieben wäre, besteht diese Gewähr nach dem geltenden Rechtszustand nicht. Es kommt aber vor, daß Lehrlings- fragen auch außerhalb der Innungsversammlung von dem andern Organ der Innung, dem Innungsvorstand, behan- delt werden. Hier schreibt § 95 Abs. 3 Ziff. 1 lediglich vor, daß bei der Beratung und Beschlussfassung des Innungs- vorstandes mindestens ein Mitglied des Gesellenausschusses mit vollem Stimmrecht zuzulassen ist. Unterbleibt das, so muß sich der Gesellenausschuss durch eine Beschwerde bei der Innungsaufsichtsbehörde (in Preußen: die Gemeinde- behörde in den Städten über 10 000 Einwohner, sonst der Landrat) helfen. Abgesehen von besonders gebildeten Aus- schüssen kommt außer der Innungsversammlung nur der Innungsvorstand als Innungsgesamtheit in Frage. Vom Ober- meister etwa allein getroffene Entscheidungen entbehren daher der rechtlichen Wirksamkeit.

Bei den Innungen bedürfen die Be- schlüsse, die Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens zum Gegenstand haben, außer der vorstehend behandel- ten Zustimmung des Gesellenausschusses noch der Geneh- migung der höheren Verwaltungsbehörde (in Preußen: des Regierungspräsidenten), die vor Erstellung der Geneh- migung die Handwerkskammer zu hören hat. Eine solche über die allgemeine Innungsaufsicht hinausgehende Vor- schrift besteht für die freien Innungen nicht.

Eine besondere Stellung unter den Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen einer Innung, an denen die Gesellen teilhaben (§ 95 Abs. 2 R.O.D.), nehmen die Innungs- krankenkassen ein, über die in diesem Zusammen- hange folgendes zu sagen ist: Die Mitwirkung der bei den Innungsmitgliedern bestehenden Gesellen an der Einrich- tung und Verwaltung der Innungskrankenkassen ist in der Reichsversicherungsordnung geregelt. Errichtet können solche Kassen werden nach Maßgabe der Innungssatzung unter Beachtung der §§ 250 ff. R.O.D. über die Zulässigkeit von Innungskrankenkassen. Der Gesellenausschuss ist mit seinen sämtlichen Mitgliedern in der Innungsversammlung, in der die Errichtung beschlossen wird, zu hören. Hierbei kann der Gesellenausschuss überstimmt werden, doch übt er schon durch die vorgeschriebene Anhörung eine Funktion zur Kontrolle der gelegentlichen Errichtung der Innungs- krankenkasse aus. Unabhängig davon gilt § 223 a R.O.D., wonach es zur Errichtung der Zustimmung der Mehrheit der beteiligten volljährigen Beschäftigten bedarf. Ferner ist vor der Errichtung der Krankenkasse am Orte der Innung, die Handwerkskammer und die Innungsaufsichts- behörde zu hören. Das Versicherungsamt ist für die Errichtung zuständige Behörde. Vor der Aufzucht der Innungskrankenkasse ist der Gesellenausschuss ebenfalls zu hören.

Bei der Verwaltung der Innungskrankenkasse ist dagegen eine Mitwirkung des Gesellenausschusses ge- setzlich nicht vorgehoben. Doch können selbstständig die Mitglieder des Gesellenausschusses zu Vertretern der Versicherten in Ausschuss und Vorstand der Kasse gewählt werden, was sogar wegen der Vertraulichkeit der Gesellen- ausschüsmittelglieder mit der Verwaltung der Innung un- sehr zweckmäßig sein kann. Der Ausschuss wird in An- wendung der für die Orts- und Krankenkassen geltenden Vorschriften (§ 241 R.O.D.) von den Versicherten un- mittelbar gewählt. Hierbei und bei der Bestellung des Vorstandes durch den Ausschuss gelten lediglich gewisse Be- sonderheiten. So kann das Verhältnis der vom Unterneh- mer und von Arbeiter zu entrichtenden Beitragsteile statt ein Drittel und zwei Drittel durch die Satzung auf je die Hälfte festgesetzt werden (§ 381 Abs. 2 R.O.D.), wodurch dann auch die Zahl der Versichertenvertreter in Ausschuss und Vorstand auf die Hälfte der Gesamtzahl sinkt. Ferner stellt die Innung den Vorsitzenden und seine Stellvertreter aus den Vorstandsmitgliedern; einen rechtlichen Einfluß auf die Bestimmung des Vorsitzenden haben die Versicherten hier also ebensowenig wie bei den Betriebskrankenkassen. Eine weitere Besonderheit ergibt sich aus der — gerade im Handwerk in Betracht kommenden — Möglichkeit der Selbstversicherung eines Unternehmers, sofern er höchstens zwei versicherungspflichtige Arbeiter beschäftigt und sein Jahreseinkommen unter 3600 M. bleibt; solche Innungsmit- glieder gehören dann bei der Bildung des Ausschusses und des Vorstandes nicht auf die Seite der Unternehmer, sondern der Versicherten (vgl. §§ 176 Abs. 1 Ziff. 3, 332, 14 Abs. 2 R.O.D.).

Auf die besonderen Vorschriften, die für die Mit- wirkung in den Prüfungsausschüssen (§ 131 a Abs. 2 R.O.D.) und in den Ausschüssen für Lehrlingsfreistellungen (§ 91 b R.O.D.) in der Fassung des § 111 des Arbeitsgerichtsgesetzes) bestehen, sei hier nur hingewiesen. Dr. G. Jacoby.

Arbeitsbeschaffungsbericht der

Bauunternehmer.

Am die danielberlegende Bauwirtschaft vor dem wäl- tigen Zusammenbruch zu retten, sind die Bauwirtschaft- lichen Unternehmerorganisationen, etwa fünfzig Spitzen- verbände, mit einer Denkschrift an die Reichsregierung auf den Plan getreten. Die Denkschrift weist auf die wirt- schaftstypischen Folgen für die gesamte Wirtschaft durch die heute zerrüttete Bauwirtschaft hin und enthält positive Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung für das Baugewerbe. Sie fordert unmittelbares Eingreifen der öffentlichen Hand durch Wiederaufnahme öffentlicher Bauarbeiten und mittel- bare staatliche Hilfe zur Förderung des Kleinwohnungs- baus und der Instandsetzungsarbeiten des Altbau- wohnraums.

Soweit öffentliche Arbeiten gefordert werden, sollen es keine „zusätzlichen Arbeiten“ sein, sondern notwendige Bauvorhaben, die vorgehoben waren, deren Ausführung aber wegen Finanzierungsunmöglichkeit unterbleiben ist; dazu gehören auch die aus denselben Gründen stillgelegten Bauten. An Bauwerken dieser Art werden genannt: Straßen, Restaurierungen und Hochwasserhochanlagen. Die geforderte Durchführung dieser Bauarbeiten soll ein Aus- gleich für die seit Jahren im Lebereier eine unproduktiven Sparpolitik abgebrochen, durchaus volkswirtschaftlich nüt- zliche öffentliche Bautätigkeit werden. Der durch die wirt- schaftliche Schließstellung des Baugewerbes der gesamten Wirtschaft gegebene Impuls zu neuer Aufwärtsentwicklung wird in der Denkschrift besonders betont. Die Bauumme würde, zu 70 bis 80 % in Löhne und Gehälter aufgelöst, sofort eine Konsumausweitung und Vermehrung der Steuer- einträge neben der Entlastung des Arbeitsmarktes dar- stellen. Gefordert wird ein öffentliches Bauprogramm mit einer Bauumme von 1,5 Milliarden Mark. Mit der für das Jahr 1932 zu erwerbenden öffentlichen Bautätigkeit im Werte von etwa 0,7 Milliarden Mark bliebe auch dann noch das diesjährige Bauprogramm mit insgesamt 2,2 Mil- liarden gegenüber je 2,7 Milliarden in den Jahren 1928 und 1929 erheblich zurück und entspräche nur der Hälfte des normalen öffentlichen Baubedarfs.

Zur Finanzierungsfrage bemerkt die Denkschrift, eine natürliche Auftragserteilung der öffentlichen Hand müsse aus den natürlichen Quellen der öffentlichen Bauauftrag- geber finanziert werden. Dazu sei notwendig, die sonst der öffentlichen Hand zur Verfügung stehenden Gelder wieder der Bautätigkeit zuzuführen. Die Umschuldung der kurzfristigen Kredite der Gemeinden und die Reform der Arbeitslosenfürsorge könnten zur Finan- zierung beitragen. Der Ausbau des Gedankens der pro- duktiven Arbeitslosenfürsorge soll die Grundlage des Bau- programms werden. Die eingeparteten Gelder der Arbeits- losenfürsorge, die sich in Höhe der neu zu Beschäftigten auflösen, werden auf etwa 20 % der Bauumme geschätzt. Die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten soll von ihrem 375 Millionen Mark betragenden Kapitalstock mindestens 150 Millionen Mark zur Baufinanzierung flüssig machen. Ein Betrag in gleicher Höhe müsste aus Beihilfen der Län- der aufgebracht werden. Alle aus der vermehrten Bautätigkeit erwachsenden öffentlichen Einnahmen sollen zur weiteren Finanzierung verwendet werden. Nach diesen Finanzierungsansätzen verbleibe noch ein unbedeutender Fehlbetrag von etwa 200 Millionen Mark, dessen Beschaf- fung in Anbetracht der wirtschaftlichen Ausweitung keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten würde.

Für den Hochbau erkennt die Denkschrift die sich aus dem plötzlichen Systemwechsel bei der Wohnungsbaus- finanzierung ergebenden Schwierigkeiten an. Es wird darum vom Staat gefordert, auch weiterhin bei der Finan- zierung mitzukommen. Diese Forderung wird besonders für den Kleinwohnungsbau erhoben. Der Bau von Kleinwohnungen wird als notwendig bezeichnet, da der Bedarf bei weitem nicht gedeckt ist. Der freie Kapitalmarkt mit seinen unerträglichen Zinsforderungen erschwere die Herinnahme tragbarer Hypotheken. Ein Teil der aus der Hauszinssteuer aufkommenden Beträge müsste auch für die kommende Zeit der Wohnungsbaufinanzierung ausgeführt werden. Der Modernisierung und Instandhaltung des Altbauwohnraums sei mehr Aufmerksamkeit zugewandt als bisher. Mindestens 500 bis 700 000 Gewerbe- und reparaturbedürftig. Allein bei diesen Arbeiten könnten und 150 000 Bauarbeiter je ein Jahr lang Beschäftigung finden. Weiter wird in der Denkschrift die Erleichterung oder Be- seitigung der den Kleinhausbau hemmenden behördlichen Vorschriften gefordert. Auf die Verbilligung des Bauens durch die seit Oktober 1929 von 181,7 auf 128 Anfang März gekennte Baunummerziffer wird noch hingewiesen.

Soweit ist die Denkschrift sehr vernünftig und bedeutet eine Verstärkung der Arbeitsbeschaffungsfront. Weniger vernünftig ist dagegen die Forderung auf breiteren Abbau der ohnehin stark gesunkenen Baubarbeiterlöhne; doch das ist, da die Eingabe von den Unternehmern stammt, nicht verwunderlich. Eine Umengung bereitete uns die Forderung auf weitere Vereinfachung von Hauszinssteuergebühren und der Auf nach finanzieller Beihilfe für den Wohnungsbau. Die Bauunternehmer haben im Chor der Hauszinssteuer- gegen immer sehr laut mitgeschrieben, wenn es sich darum handelte, die Hauszinssteuer zu beseitigen und die öffentliche Hand aus dem Wohnungsbau auszuscheiden. Es mußte erst eine Katastrophe der Bauwirtschaft von nie gekanntem Ausmaß eintreten, um das Unnütze dieser privatwirt- schaftlichen Forderungen zu widerlegen. Wir haben immer wieder aus gegenteiliger Ansicht auf die zu erwerbenden Entschädigungen für den Wohnungsbau hingewiesen. Die Entwicklung hat uns — leider — recht gegeben.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbnd. Zeitstellungsergebnis vom 7. März 1932.

Bezirksverband	Berichts- ende Bau- gewerks- schaften	Mitglieder- zahl am Berichts- ende	Arbeitslose		Die Woche vorher	
			Anzahl	%	Anzahl	%
Königsberg	7	13 749	13 185	95,9	95,4	
Danzig	1	3 289	2 921	88,8	88,3	
Stettin	61	14 109	12 597	89,3	88,8	
Breslau	39	34 419	31 748	92,2	92,9	
Berlin	60	45 838	39 708	86,6	86,6	
Magdeburg	42	23 604	20 723	87,6	87,6	
Erfurt	34	17 269	16 242	94,1	93,9	
Frankfurt	17	29 043	26 634	91,7	90,8	
Köln	12	14 508	13 506	93,1	93,5	
Hornum	13	14 612	13 597	92,6	92,8	
Hannover	39	26 051	23 196	89,0	88,2	
Bremen	31	13 099	11 589	88,5	88,5	
Hamburg	45	27 281	23 567	86,4	86,7	
Rostock	60	8 006	7 034	87,9	88,9	
Dresden	31	54 788	49 810	90,9	90,9	
Nürnberg	29	15 007	14 046	93,6	93,6	
München	27	10 389	9 655	92,9	93,0	
Stuttgart	14	8 166	7 740	94,8	95,0	
Karlsruhe	10	12 184	11 262	92,4	90,3	
Zusammen	572	385 411	348 760	90,49		
Vorige Woche	572	386 251	348 554	—	90,24	

Unterhaltung und Wissen

Neuer Baustein . . .

Wir sitzen eng beieinander, alles erwerbsloses Bauvolk, da wird nicht gebaut, nie gezimmert, nie ausgeschachtet — ist der Bauarbeiter im Volksleben überflüssig geworden? Nein, das gewiß nicht — Jan, blas dein Säbholz nicht aus, gib 's mir lieber, ich stecke meine Pfeife auch an — soll das qualmt, das blüht uns noch, der Tabak, ein Hochgenuß, blauer Rauch, blaue Gedanken, blaue Sätze, und nachts blaue Sterne. Wir sitzen eng beieinander, in Jochen seiner Stube, alles erwerbslose Bauarbeiter, horche: uns raus geht der Sturm, der Lenzsturm — mal schnell es, mal blüht die Sonne. Die Pfeifen rauchen. Der Ofen brennt. Es ist gemächlich.

John Mann sitzen wir hier — allerhand Gespräche schwirren durcheinander — Jota und Mut, Wut und Wille — aber Flamme sind keine unter uns — und auch keine Ueberläufer und Verräter — alles treue Genossen, die durch Dick und Dünn, durch Fest und Speck treu zum Verband stehen, zum deutschen Baugewerksbund. Im Verbande haben wir die guten Zeiten mitgemacht, bei schlechten Zeiten defektieren wir nicht. Nein, gemächlich nicht. In der Wand gibt 's Gesang, Jochen sein Kanarienvogel schmeißt sein Liedchen — mit solcher Lebensfreude, daß uns allen das Herz warm wird. Kanarische Inseln, Palmenrauschen im Passatwind, braune Mädchen tanzen zur Gitarre — horch, draußen der Lenzsturm! Der Norden will Eiden werden!

Wir sind auf ein festes Gespräch gekommen. Wir reden von Selbsthilfe, sechs Millionen Erwerbslose, sollten wir wirklich von uns aus unser Schicksal nicht meistern können? Et gewiß, unter politisches Schicksal meistern wir wohl, mit Hülfe werden wir schon fertig, die Eisene Front: das sind die roten Klippen, an denen Hitlers Schlangenschiffe zerfressen werden. Ja, politisch setzen wir uns durch. Aber dadurch kriegen wir noch keine Neubauten. Wir müßten die Bankhäuser beschlagnahmen. Was willst, 's is nich viel drin in den Bankhäusern, mehr Schulden als Bargeld, die Herren „Wirtschaftsführer“ haben alles verwirrselt, der Staat muß schon helfen: wir, der Volksstaat — wir müssen den Herren Großbankiers die Kassen wieder füllen, mit Gemeinschaftsgeld . . .

Du, Jochl, wirf 'n paar Scheite Holz ins Feuer, daß es nicht ausgeht. Na, wie wär 's denn, wenn wir die Wirtschaft in eigene Hände nähmen? Im Volksstaat gehört die Volkswirtschaft in die Hände des Volkes. — Joo, wissen wir. Aber wie willst du sozialisieren oder enteignen? Die Bourgeoisie hält die Produktionsmittel in festen Händen, sie behält zu ihrem Schutze die Hiltterbanditen. Die Wirtschaft durch Gesetz in die Hände des Volkes überführen? Durchs Parlament? Unter Entschädigung? Aber dafür gibt es keine Mehrheit, die Bürgerlichen werden sich nicht selbst enteignen lassen . . .

Und doch müssen wir uns helfen, wir Unteren, wir Volk, wir Erwerbslosen. — Aber wie? — Hinnak macht 'ne spitze Schnut und kluge Augen, dann spuckt er mal zwisch die Beine auf den Boden, dann wipft er sich mit dem Handrücken über den braunen Schnabel — und dann sagt Hinnak langsam, aber hart und fest: Selbsthilfe durch Danken! Erfinden müssen wir was! — Oho, Hinnak, was denn, das fünfte Rad am Auto? — Na, na, laß das Lachen, es ist Ernst: Aus den gegebenen Grundstoffen, die wir haben, da heraus müssen wir neue Industrien auf-



— und dann sagt Hinnak langsam, aber hart und fest: Selbsthilfe durch Danken!

bauen: Soziale Bauhütten. — Joo, das wäre ein Weg! — Gut, denk nach, unter sechs Millionen Erwerbslosen sind höchstschöpferische Geister — wir müssen uns selber helfen! Möglich ist es unter uns ganz ruhig geworden, jeder wird nachdenklich, im Ofen hören wir das Feuer kummen — und der Kanarienvogel schlägt wieder einen Triller an, den er dann herrlich ausrollen läßt. In unseren Hirten hat Kollege Hinnak helle Klangglocken angerissen — ja, neue Ideen um Arbeitsmöglichkeit! Nicht lange in die Ferne schauen. Arbeit viel schimpfen — sondern Zeit werden, nicht nur nörgeln und lamentieren: sondern zeigen, was 's mir 's gemacht! Es wollen wir 's, so machen wir 's! Neue Bausteine fürs Volksbaus Deutschland . . .

Die Männer vom Hakenkreuz.

Sie nennen sich anspruchsvoll und frech
Urteufliche Edellinge;
Als Vorbild dient ihnen das Raubrittertum
Mit Speiß und gewaltiger Klinge.

Gefährlich betrachtet war jenes Geschmeiß
Dem Siegreiß nur Raubgeißel,
Ihr Motiv war brutale Gewalt,
Ihr Heiligtum satirischer Schwindel!

Sie raubten und plünderten frech und dreist
Und jagen schmierzige Zoten,
Und wie sie hüften, so zwitschern heut Laut
Die brauen Hiltter-Heloten!

So fühlen sie sich mit Herz und Hand
Dem Mittelalter verpflichtet,
Das nur von Gewalttat und Meuchelei
Und Hengeneubrennung berichtet . . .

Sogar zurück bis ins Altertum
Ist der Majitätspunkt gebrungen,
Denn ob Diktatur oder Schawerei —
Das ist geprüßt wie geprüngen!

So will man in Ketten der Schlawerei
Die deutschen Proleten zwingen,
Die aber wollen tapfer und frei
Das Land der Freiheit erringen!

Drum schart euch alle zur Eisernen Front
Dum Königsberg bis zur Eifel,
Und jagt jenen vorhinflüchtigen Spuk
Wohin er gehört: Zum Teufel!

Djhaa, sagt Hinnak, hier bei uns in unsem Bezirk könnten wir gleich anfangen. — Womit? — Wir haben Eisenstein, wir haben Kalkstein, wir haben Zalkstein. Wir haben Wasserkräfte. Die ersehen die Kohle. Wir haben Holz. — Aber Hinnak, was willst denn mit dem Stein anfangen, und mit dem Holz, ohne Bauaufträge? — Neue Industrien habe ich gesagt, ich bin kein Prophet, aber ich deute auf Möglichkeiten. — Zu neuen Industrien gehört Geld, woher, Hinnak? — Ich kann kein Geld herbeizubringen. Mein Zubaksbeutel is heute abend leer, morgen rauche ich vielleicht Eihentaub. — Aber wenn ich anfangen kann ich anfangen. — Hinnak, schaffe Geld, und wir bauen neue Industrieemerke! — Gut, hier. Eine Möglichkeit. Ich sage nicht es geht. Aber ich sage — wenn 's das inge. — Was denn? — So: sagt Hinnak, wir brauchen kein Militär und keine Kriegsmarine, Seevergess Polizei genügt für die Ordnung in Preußen. Der Militärbedarf für das Soldatenspiel wäre eine Grundlage für den Aufbau neuer Industrien. Und alle großen Pensionen werden bis auf jährlich 3000 M herabgelagert — auch das gäbe einen guten Anfang Spargeld: Staat, hilf dir, hilf uns! Wir Volk sind der Staat — denken wir, weisen wir neue Wege! — Und wie denn mit deinem Stein, Hinnak? — Hört: Eisenstein und Kalkstein und Zalkstein wird geröstet und gemahlen, er wird getrommelt, gemischt, gegossen. Ein neuer billiger Baustein. Unzerbrechlicher Marmor: rotblau-silbern, schön gedreht. Billig, die ganzen Berge sind Stein! — Aber Hinnak, Eisenbeton ist doch noch viel billiger? — Soll bleiben, aber ich will Gelfstein, neuen veredelten Baustein: Quader, Blöcke, Platten, gegossene Würdenglieder, Säulen — Weltpart wird darauf genommen, ein Stein, den uns niemand nachmacht. Ich gebe keine letzte Anweisung, ich sage nur: Wir müssen darüber nachdenken, wie wir unsere Grundstoffe veredeln und neu nützen. Das Gegebene ist das Mögliche. Laßt uns denken und suchen und wirken. — Und mit dem Holz, Hinnak, die Wälder? — Stein- und Holzgeist zu Möbeln gießen. Und die deutschen Moore und die deutschen Heiden kultivieren. Die stellenlosen Offiziere kommen zur Arbeit ins Moor, die Soldaten kommen auf die Heide. Staat Waffenkultur — Bodenkultur! — Und die Explosivkräfte unserer Grundstoffe könnten wir bündeln und zähmen, den Blitz könnten wir einfangen, aus dem Erdinnern die feurigen Oase heraufzapfen, alles Möglichkeiten! Nur eines: nachdenken, neu formulieren, sechs Millionen Hirne defillieren schon was Geschicktes — wollen wir mal bei uns anfangen? Heute Nacht laßt uns alle denken!

Da ward mir mehr gesprochen. Wir gehen auseinander. Neuer Baustein, es spukt in unseren Köpfen. Jawohl, irgendwie helfen wir uns selbst. Keine Moore und Heiden mehr. Neue Industrien. Laßt uns denken!

Großstadtleben.

Elig halt segt der Wind über den flütrenden Schnee. Schemenhaft zeichnen sich die Silhouetten der Käufer im unsicheren Licht der Laternen auf der weißgrauen Fläche ab. 5 Uhr morgens. Die Großstadt schläft. Weißgraue Wolken jagen am Himmel entlang, weiße Flocken wirbeln durch die Luft. Nach und nach regt es sich. Hausrüden knarren in verrosteten Angeln. In dunklen Umrisen lösen sich Gestalten aus dem Schatten, um schnellen Schritts durch die Straßen zu verschwinden . . .

Arbeitsleute eilen an ihre Arbeitsstelle. In der Ferne heulen sirenen. Der dämpfe Ton einer Glocke schwingt durch die Laffe. Im Ofen verkünden rosenrote Schöler aber bläulichen Nebel den neuen Tag. — In den Haltestellen der Straßenbahn, der Hoch- und Untergrundbahnzüge staut sich die werktätige Bevölkerung. Der Verkehr auf den Straßen und Plätzen wird lebhafter. Die Luft ist geschwängert von Rauch und Dunst. Doch im Innern der Stadt wird es nach und nach stiller, welter draußen aber, wo die hohen ungefügen Fabrikkolosse

stehen, senkt sich schwarzer Qualm wie ein ungesundes Schlafmittel über die Gegend.

Hier rasseln und keuchen Maschinen und Dampfkeffel. Durch hohe Fenster schwingt der gewaltige Rhythmus der Dampfhammer. An hohen, gerüstbewehrten Bauten rasseln Aufzüge. Hier hat das Leben, nein, die Form des Lebens begonnen. Tag für Tag das Zwiggeliche . . .

12 Uhr mittags. Gellende Pfeife überlötend das langsame werdende Besöhne der Maschinen. Mittagspause. Unauffällig geht das Rad der Zeit seinen Gang. Und bald raucht wieder aus Maschinen und Dampfkeffeln das Lied der Arbeit . . .

6 Uhr abends. Feierabend. Unheimlich starren die ererbenden Werke in das Dämmern des Abends. Aus den Laren ergießt sich ein Strom von Menschen. Gebeugt schreiten sie ihren Weg. Auf ihren Gesichtern spiegelt sich Gleichgültigkeit, aber auch Grimm und Haß über alle die Nüchternheit, die am Mark der Werkstätten laugen.

In den Mietkasernen flammen matte Lichter auf. Man rüßet zum häßlichen Abendessen. Dann folgt die Nacht . . .

Im Geschäfts- und Vergnügungsviertel dagegen leuchtet blendende Lichtreklame auf. Die Luft ist erfüllt vom Parfumduft und Menschenduft. Aus Bars und von Vielen klingen die Schläger der Jazzband. Vor großen Hotels entseigen prachtvollen Limousinen elegant gekleidete Herrschaften. Ein Adhlermeer beschneit Glanz und Reichum. Aus den Augen der Menschen sprüht Verwundtheit. Zeitweise auch vornehme Wasserleit . . .

Aber draußen im Norden, wo vereinzelt Laternen ein trübes Licht spenden, dort wohnt die Armut. Ein Sumpf menschlicher Erniedrigung schwellt aus niedrigen Fenstern. Hier grinst die Not mit ihrem unbarmherzigen Gesicht durch ärmliche Räume. Hier ist das Leben notwendig und nackt. Hier gellen Flüche zum Nachtsimmel. Hier schluchzt stilles Elend . . .

Das ist Großstadtleben. Auf der einen Seite wildes, zügelloses Genießen einer schlaffen, verdorbenen Gesellschaftsicht. Auf der anderen Seite die Schicht der Enterbten, denen Not und Elend das Leben arm und inhaltslos gestalten . . .

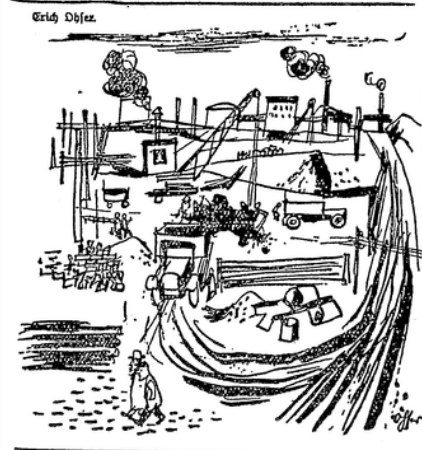
Soll es so bleiben? Öffnet eure Augen. Kommt zu der Erkenntnis, daß solche Kontraste eine Schmach bedeuten. Eine Schmach, an der menschlichen Vernunft, am Sinn des Lebens. Seid einig und kämpft dafür, daß es besser werde!

Bernhard Diep.

Balkanisches.

Hoffnung. Auf der Straße einer kleinen Balkanstadt treffen sich zwei Bekannte. Es entwickelt sich folgendes Gespräch:

- „Wohin lo ellig, Philipp Philippowitsch?“
- „Zum Pferdemarkt, Pamel Pawlowitsch.“
- „Was willst du da?“
- „Einen Mauleisel kaufen.“
- „Was machst du mit einem Mauleisel?“
- „Mauleisel kann gießen, kann tragen. Es ist immer gut, einen Mauleisel zu haben!“
- „Aber du hast doch keinen Stall?“
- „Habe ich leeres Zimmer für Mauleisel.“
- „Aber der Bestank in der Wohnung?“
- „Wird sich Mauleisel dran gewöhnen!“



„Das ist ja ein riesiger Komplex. Was wird denn da gebaut?“

„Die neue Forschungsstelle zur Untersuchung der Ursachen der Wohnungsnot!“

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet unter Filmneuigkeiten:

„Kampf um Alts“, nach dem Theaterstück von Stemmle, wird die Karl-Froelich-Filmgesellschaft in ihrem Studio als zweiten Kollektivfilm herausbringen, nachdem sie mit „Mädchen ohne Uniform“ so erfolgreich begonnen hat.“

Schade, daß man uns diese Fassung nicht gezeigt hat! Wir haben bisher nur gehört von dem Film „Mädchen in Uniform.“

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Oepfert sind die Arbeiter des Unternehmers Schnauer, Niederbissau (Kübeck), Baustelle Gutshof Wilhofstede bei Reinfeld wegen unzureichender Lohnabwärtung und die Arbeiter der Firma Wierbeck in Norden wegen Tarifbruch.

Töpfer: Oepfert sind in Erzmühlhau die Firma Hejinger, in Hohenstein-Ernstthal Gebr. Wolf, in Zeitz die Feingehäufte Gustav Neumann, Gustav Söhnle und Wöhme.

Memel. Die Maurer streiken im Abwehrstreik. Kein Bauarbeiter darf nach Memel gehen!

Schweiz. Das Internationale Sekretariat der Steinarbeiter in Zürich teilt uns mit, daß deutsche Steinarbeiter immer noch um Arbeit in der Schweiz anfragen, sogar dort aufs Geratewohl hinreisen, obwohl davon gewarnt wird. Das Sekretariat teilt mit, es habe gar keinen Wert, nach der Schweiz zu kommen, da die Polizeidirektionen alle Zulassungen ausweisen, wenn sie nicht die vorherige Arbeitsbewilligung vorlegen können. Außerdem sind die einheimischen Steinarbeiter zu über 50% arbeitslos. Bemerkenswert sei ferner, daß der Arbeitsvertrag in Zürich außer Kraft gesetzt ist und es deswegen zum Kampf kommen kann. Auf jeden Fall sei unter solchen Umständen die Zureise nach der Schweiz zu vermeiden.

Aus dem Arbeitsrecht

Keine Auflösung des Lehrvertrages bei Vergleich.

Das Reichsarbeitsgericht hat zwar durch Urteil vom 13. Juni 1931 — RArb. 627/30 — das Recht des Konkursverwalters bejaht, entsprechend § 22 A.O. eingegangene Lehrverhältnisse fristlos zu kündigen, es hat weiter dem Lehrling durch Urteil vom 10. Juni 1930 — RArb. 685/30 — nach § 22 Absatz 2 A.O. einen Schadensersatzanspruch gewährt, und zwar für den Schaden, der durch die Auflösung des Lehrvertrages entstanden ist. Dieser Schadensersatzanspruch ist jedoch lediglich normale Konkursforderung. Er wird deshalb nur mit der Konkurs-Masse befriedigt. Noch nicht entschieden war dagegen die Frage, ob der § 29 der Vergleichsordnung der Vertrauensperson mit Ermächtigung des Amtsgerichts das Recht gibt, aus Anlaß des Vergleichs abgeschlossene Lehrverträge fristlos zu kündigen.

Diese Frage hat das Landesarbeitsgericht in Berlin in Sachen Eichhorn und Schröder gegen Kerck & Nippert — 103 S. 2774/31 — in einem Urteil vom 2. Dezember 1931 verneint. Obwohl in vorliegendem Fall das Amtsgericht (Vergleichsgericht) der Vertrauensperson die Ermächtigung zur Auflösung der Lehrverträge mit sofortiger Wirkung erteilt hatte, hat das Landesarbeitsgericht die fristlose Kündigung als unbegründet erklärt. Es hat mit Recht ausgeführt, daß die Grundzüge, die das Reichsarbeitsgericht für den Konkursfall aufgestellt hat, auf das Vergleichsverfahren keine Anwendung finden dürfen. Denn Zweck des Konkurs ist die Verteilung des Vermögens des unter die Gläubiger. Zweck des Vergleichs ist dagegen, das Unternehmen aufrechtzuerhalten. Aus dieser verschiedenen Zweckbestimmung der beiden Verträge folge die Unzulässigkeit der fristlosen Kündigung der Lehrverträge aus Anlaß eines Vergleichsverfahrens. — Die Revision ist zugelassen worden. Das Reichsarbeitsgericht wird sich demnach mit der Frage beschäftigen müssen.

Dr. Franz Neumann.

Aus der Sozialgesetzgebung

Welche Unfallrenten fallen weg?

Früher konnten bei jeder merklichen Einbuße an Erwerbsfähigkeit Leistungen gewährt werden. In der Regel wurden bei Erwerbsbeschränkungen von 10% solche gewährt. Die Werte Verordnung hat folgende Reichsliste geschaffen: Wieso wegen eines Unfalles eine Erwerbsbeschränkung bis zu 19% zurück, so wird keine Rente gewährt. Erst wenn die Erwerbsfähigkeit eines Verletzten durch Unfall um mindestens 20% gemindert ist, kommt eine Rente in Betracht. Nur wenn der Verletzte bereits eine 20prozentige Unfallrente bezieht, wird, wenn er einen neuen Unfall erleidet und dadurch eine weitere geringere als 20prozentige Erwerbsbeschränkung zurückbleibt, die unter 20% liegende geminderte Erwerbsunfähigkeit entschädigt. Die letzte unter 20% liegende Rente fällt aber dann wieder weg, wenn beide Renten, die frühere und die letzte, zusammen nicht mehr als eine 20prozentige Verletztenrente ergeben. Ist die Rente weggefallen, so ist der Anspruch auf Wiedergewährung nur begründet, solange die Erwerbsfähigkeit des Verletzten wegen wesentlicher Verschlechterung der Unfallfolgen für länger als drei Monate um mehr als ein Viertel vermindert ist. Die Rente wird wieder gewährt, wenn der Verletzte infolge eines früheren Unfalles wegen einer Verletztenrente von mehr als ein Viertel abgefunden worden ist. Dies kommt aber nur bei wesentlicher Verschlechterung in Betracht. Hat der Unfallverletzte zwei Jahre lang eine 20prozentige Rente bezogen, dann fällt sie automatisch weg, wird also gestrichen. Was gilt jedoch nicht, solange der Verletzte wegen eines anderen Unfalles Anspruch auf eine Verletztenrente aus der Unfallversicherung oder auf Krankengeld hat, oder wenn er wegen einer Verletztenrente von mehr als ein Viertel abgefunden worden ist. Die 20prozentige Rente kann auch vor Ablauf von zwei Jahren wegfallen, wenn dies die Wohnung und die Folgen rechtfertigen. Eine weggefallene 20prozentige Rente kann auch wiedergewährt werden, wenn die Erwerbsfähigkeit des Verletzten durch Verschlimmerung der Unfallfolgen für länger als drei Monate um mehr als 20% gemindert ist. Ist nach den allgemeinen Erfahrungen unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des einzelnen Falles die Erwerbskraft erschöpft, daß eine vorläufige Rente zu gewähren ist, so kann die Berufsunfähigkeit des Verletzten nach Abschluß des Selbstverfahrens durch eine Gesamtvergleichung in Höhe des voraussichtlichen Rentenfonds abfinden. Unter vorläufiger Rente in diesem Sinne wird man

eine 20prozentige Rente zu verstehen haben. — Die Forderungen sind ohne Rücksicht auf die Zeit des Unfalles am 1. Januar 1932 in Kraft getreten. Von diesem Zeitpunkt an fallen alle 10- bis 19prozentigen Renten sowie die 20prozentigen Renten weg, die schon länger als zwei Jahre gewährt worden sind.

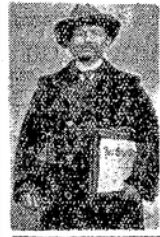
Aus den Baugewerkschaften

Brandenburg. (So sieht ein Unternehmer. Nazi a u s!) Ein Firmeninhaber K., der sich aus Brandenburg nach Berlin verplante, hatte Lohnrückstände an seine Arbeiter zu zahlen. Er sagte seinen Leuten, wenn sie auf weitere Beschäftigungen rechnen wollten, dann müßten sie auf ihre Lohnforderungen verzichten. Einige Arbeiter sind diesem Verlangen nachgegeben, die anderen weigerten sich. Die Kollegen jedoch, die ihren Anspruch geltend machten, erhielten ihre 18 M., und damit war es mit der Weiterbeschäftigung aus. — Herr K. ist überzeugter Anhänger des Dritten Reichs. — So stellt er sich dieses jagende Reich Hinters vor. Gelegenheit äußerte er zu seinen Arbeitern: „Warum sollen denn wir Unternehmer jedes Risiko allein tragen? In der Jetztzeit müssen wir, um Arbeit zu bekommen, mit den Preisen weit heruntergehen; da ist es berechtigt, daß die Arbeiter den Schaden mit tragen helfen. Es ist ausgeschlossen, daß ich den Tariflohn in der Folgezeit zahle.“ Ja, das Risiko sollen die Arbeiter tragen helfen. Der Profi jedoch will selber Herr alles einstecken. Der Mann ist wahrhaftig kein Frau das Dritte Reich!

Königsberg i. Pr. (Die O. O. a m P r a n g e t.) Die von den Drahtziehern der A.P.D. einfließen mit großem Tamtam angekündigte Aktion gegen unser Baugewerkschaft ist jämmerlich ins Wasser gerauscht. Die Gründung der A.P.D. war nur Mittel zum Zweck, dahinter stand die mit „glorreicher“ Vergangenheit behangene A.P.D. Mit Gemeindefeinden, mit Lügen, Verleumdungen und Verdrehungen sollten die Bauarbeiter veranlaßt werden, dem Deutschen Baugewerksbund den Rücken zu kehren. Während der Zeit, vor allem auf den länderlichen Baustellen, sollte unangesehnt vor den Arbeitsgenossen stehen dann die von der A.P.D. verführten Kollegen erfahren, daß man sie schmählich belogen und betrogen hatte. Hunderte dieser irreführten Kollegen haben den Unternehmern tausende Mark von ihrem teuer erkauferten Lohn überlassen müssen, weil die A.P.D.-Führer vollkommen unfähig waren, ihnen zu helfen. So wurden auf der Baustelle Laplaw zwei Delegierte entlassen. Einer von ihnen klagte durch die A.P.D., vertreten durch Kirchherrn. Aber wegen der Unfähigkeit dieses Reichens wurde die Klage abgewiesen. Dazu kam eine Sperre des Arbeitsamtes, so daß dieser ehemalige Delegierte hilflos und verlassen dastand. Der andere entlassene Delegierte war Mitglied des Baugewerksbundes. Er konnte durch den berufenen Vertreter unserer Organisation die Unrechtmäßigkeit seiner Entlassung nachweisen und erzielte dadurch nicht nur die Nachzahlung des entgangenen Arbeitslohnanspruches, er erzielte auch die Aufhebung der Sperre des Arbeitsamtes. — Gegen die Vertrau.-A.O. hatte die A.P.D. ebenfalls einige Klagen vor dem Arbeitsgericht wegen Zahlung des Weggehabten und der Auslösung. Die Beratung der Klagen durch die A.P.D.-Männer war so mangelhaft, daß alle Klagen ihre Klagen zurückziehen mußten und mit keinem Ergebnis angingen. Dagegen hatten die durch unser Baugewerkschaft anhängig gemachten Klagen gegen dieselbe Firma vollen Erfolg. Auch gegen die Provinzialverwaltung Strecke Lauch wur-

den eine Anzahl unserer Mitglieder erfolgreich vertreten. Dagegen wurden alle von der A.P.D. aufgelegten Klagen abgewiesen. Erst kürzlich klagten 22 dieser irreführten Kollegen auf Zahlung des Differenzlohnes von Lohngebiets 4 zu 1. Auch in diesem Falle vertrat sie die A.P.D. so „muttergütig“, daß sie restlos abgewiesen wurden. Dagegen konnten für hunderte unserer Mitglieder, die an derselben Arbeitsstelle Forderungen hatten, diese Differenzsummen herausgeholt werden. — Wir könnten diese Beispiele beliebig vermehren. Jedenfalls ergibt sich aus unseren Darlegungen, daß die A.P.D. mit den Arbeiterinteressen auf das schlimmste Schindluder treibt. Allerdings gefüllt dies den Unternehmern. Solche „Vertreter“ der A.P.D. sind ihnen recht; auf diese Weise können den Arbeitern gemaltene Summen abgeknöpft werden. Nun endlich haben die falschen Propheeten ihren verdienten Fußtritt erhalten. Wenn ihnen heute noch etwa 40 Mann folgen, so spielt dies keine Rolle. Die geistliche Hohlheit dieser Arbeitervertreter wird auch schließlich von den Wählern erkannt werden!

Oppeln. (Funktions-Zusatz.) Unser Kollege Heinrich Ender aus Podewitz, Kreis Oppeln, ist nunmehr seit 1907, also über 25 Jahre, als Kaiserer der Jahrestelle Podewitz tätig. Dieses Amt hat er stets gewissenhaft und zu voller Zufriedenheit der Mitglieder ausgeübt. Wir gratulieren unserem Heinrich zu seinem Jubiläum auf das herzlichste, danken ihm für seine erfolgreiche Tätigkeit und wünschen ihm von ganzem Herzen Gesundheit und Glück, um dieses Amt noch viele Jahre weiter ausüben zu können. Insbesondere empfehlen wir dieses vorbildliche Wirken unserer Jugend zur Nachahmung!



Aus den Fachgruppen

Stukkateure und Putzer. Berlin. Warnung vor einem Betrüger. Der unruhigste bekannte Stuckmeister Franz Hagen hat sich durch eine neue Geschäftlichkeit bemerkbar gemacht. Vor zwei Jahren tauchte er in Berlin auf und verstand es, infolge seiner guten Beziehungen zu einem großen Gipswerk einige Strohhäuser in Anwaltpark zur Ausführung übertragen zu bekommen. Der Baugewerkschaft Berlin war er aus dem Hauptgebiet signalisiert worden, so daß er von Beginn seiner Tätigkeit an sofort aufs Korn genommen wurde. Der Maurermeister Dörfert, Berlin, übertrug Hagen die Ausführung einiger Stuck- und Anwaltparkarbeiten auf der Baustelle Romanisches Haus in Charlottenburg. Jeht schon lange von der Wohlfahrt befreite Stukkateure glauben, für einige Wochen Arbeit und Brot gefunden zu haben. Am 11. März mußten die Kollegen zu ihrem nicht geringen Schrecken am späten Abend feststellen, daß Meister Hagen mit 1600 Mark Lohngebern, die er zur Auszahlung von Dörfert erhalten hatte, das Weite gesucht hat. Die Spur des Betrügers weist nach Luremburg. Dieser Patron wird bald wieder im Westen oder Südwesten des Reiches auftauchen, um weitere Neubauten zu unternehmen. Alle Kollegen warnen wir vor diesem Lumpen; gleichzeitig sprechen wir die Bitte aus, dem Bundesvorstand unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn Hagen irgendwo auftaucht.

Politische Zeitnotizen

Führergedank bei den Nazis. Nach dem Reinfall bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März sind sich die Oberemagogen der Nationalsozialisten ganz geübt in die Haare gefahren. Die Schuld an der Niederlage schieben sie sich jetzt gegenseitig in die Schuhe. Nach glaubhaften Nachrichten muß es im „Braunen Hause“ nach der Wahl beliebt zugegangen sein. Der Opa Adolf hat dem Joseph Goebbels die Schuld an seiner Wamange zugeschoben. Wenn der habe ihn durch seine großmäulige Art erst zur Kandidatur gelockt und vor vollendete Tatsachen gestellt. Der aber drehte den Spieß um, denn der Opa habe in seiner großväterlichen Weise sich ausländischen Journalisten gegenüber schon als der kommende Reichspräsident ausgegeben. Außerdem habe er eine Währungsreform durch seine Anbiederungsversuche bei den Westmächten, vor allem bei Frankreich beantragt. Dadurch seien viele ihrer Gläubigen unglücklich geworden. Dieser Ansicht scheinen sich noch eine Anzahl der anderen Führer angeschlossen zu haben. Denn Hitler konnte seine Angreifer erst durch die Drohung mit seinem Rücktritt und der öffentlichen Anpreisung seiner Getreuen zum Schweigen bringen. Die Anfeindungen sind nach diesen erregten Auseinandersetzungen, die mit Tränen, Weinkämpfen und ähnlichen psychopathischen Erscheinungen Hitters ausgeschmückt waren, noch lange nicht beendet. Der kleine Goebbels, der sich einige Tage von seinem alten Rivalen Strauss in seiner eigenen Zeitung, dem „Angriff“, gehörig abreiben lassen mußte, verlegt nunmehr im „Angriff“ den Widersachern im eigenen Lager echt deutsche Rabelstöße. Wer zwischen den Zeilen lesen kann, versteht die Notiz, die am 17. März im „Angriff“ über die Zeitung des Hochschulringes Deutscher Studentenschaft zu lesen war: „In Berlin herrschen ein faakenlofer Walke, Herr von Rautenfeld, und ein Letzte, Herr von Hohbecker, in Dresden steht seit langem der Lische Rößner an der Spitze, während in Königsberg die Zeitung in den Händen des letzten Rößler liegt. Damit will er wohl kaum die wirklich Genannten treffen. Wer hier richtig lesen kann, der erkennt unter dem falschen Rautenfeld den falschen Rautenberg und unter dem falschen Rößler Hübner den falschen Adolf Hitler. Wenn Goebbels besondere Betonung auf das „faakenlofer“ oder auch auf das „ausländische“ legt, so hat er das Bewußt in der blissen Absicht getan, seine faakenlofer Rivalen in der Partei zu treffen. Wenn er sich schon über volksfremde Elemente als deutsche Sportführer enttäuscht, um wieviel mehr dann erst über die volksfremden eigenen Parteiführer. Scharfe Auseinandersetzungen scheint es auch über die finanzielle Lage der Partei gegeben zu haben. Ueber die Finanzverhältnisse wird

mohr der Offenheit niemals von der Partei selbst berichtet werden, und so ist sie nur auf die durchlaufenden Nachrichten angewiesen. Danach sollen rund 7 Millionen Mark für den Wahlkampf verbraucht worden sein, von denen der größte Teil noch nicht bezahlt ist. Nach anderen Meldungen soll die Partei sogar eine Schuldenslast von 20 Millionen Mark haben. Die finanzielle Lage der Partei muß schon verzweifelt sein, weil man den Gedanken erwohnen hatte, mit einer Vortragstreibe Hitters durch Amerika das Defizit auszugleichen. An dem ersten Erfolg bei der Reichspräsidentenwahl denkt kein Nazi-führer mehr. Best bleibt ihnen nur ein Weg aus ihrer finanziellen Schacke, und zwar durch die Druckvermehrung an die preussische Staatskasse heranzukommen. Sollen deutsche Staatsbürger dazu ihre Stimmen hergeben? In den Orkus mit diesem Geldstrol!

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund gegen Nazis. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet, in der er die Reinigung des Verwaltungskörpers von allen staatsfeindlichen Elementen fordert. In der Eingabe wird Bezug

genommen auf die von der preussischen Regierung festgestellte Teilnahme von Beamten an Aktionen der Nazi-partei, die auf die Zerstückung der heutigen Staatsform gerichtet sind. Es wird mit Recht die Forderung aufgestellt, daß Personen, die den Staat bekämpfen wollen, nicht die ausführenden Organe dieses Staates sein können. Es wird ferner verlangt, daß jeder Beamte und öffentliche Angestellte sich unterjährig bereit erklären muß, daß er bei einer stillen Entlassung wegen eines Verstoßes gegen diese selbstverständlichen Pflichten eines Staatsbeamten jeden Anspruch auf Pension verliert. Jeder staatsbewußte Deutsche wird dieser Eingabe des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes seine vollste Zustimmung geben.

Kriegsblitz von Shanghai. Nachdem die Kämpfe um Shanghai durch Waffenstillstand zum Abschluß gekommen sind, läßt sich der Schaden an Menschenleben und Gütern ungefähr übersehen. Die Stadtverwaltung von Shanghai gibt die Zahl der während der Kämpfe um den Besitz der Stadt getöteten Zivilpersonen mit 6080 an. Mehr als 2000 Zivilpersonen wurden verwundet und über 10 000 werden vermisst. Der Sachschaden soll schätzungsweise 24 Millionen Pfund betragen.

Allgemeine Rundschau

Subventionen für die deutschen Reedereien. Kapitalistische Unternehmen, die während der guten Konjunktur leichtfertige Finanzierungsmethoden angewandt haben, geraten während der Krise fast ohne Ausnahme in Zahlungsschwierigkeiten. Diesmal ist es die gesamte deutsche Seeschifffahrt, die am Rande des wirtschaftlichen Absturzes steht. Die deutschen Großreedereien haben in der guten Konjunktur leichtfertige Finanzierungspolitik getrieben. Sie hofften auf den Zufluß der Freigabegelder, die von der amerikanischen Regierung an die deutschen Reedereien als Gegenwert für die im und nach dem Kriege beschlagnahmten Schiffe aus Reparationsleistungen gezahlt werden sollten. Das Westrisiko im Bau von Großhandelschiffen zwischen Hamburg und Bremen, ohne Rücksicht auf die schon übergroße Gesamt-Welthandelsflotte, führte zu einer Fesselung von kurzfristigen Krediten in phantastischer Höhe. Die schlechte Wirtschaftslage hat in besonderem Maße die Seeschifffahrt erfaßt. Die für die Reedereien allein unüblichen Finanzschwierigkeiten würden zum Zusammenbruch der gesamten deutschen Seeschifffahrt geführt haben, wenn der Staat nicht helfend eingegriffen hätte. Das Reich hat 77 Millionen Mark zur Stärkung der Reedereien zur Verfügung gestellt. Davon sind 48,4 Millionen Mark Bürgschaften für Bankkredite, die sich auf die einzelnen Reedereien verteilen, ein weiterer Betrag von 7 Millionen Mark erhielt die Transporthilfe. Unter dem Namen Abwrackbeihilfe wurden 23 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um alte Schiffe zu verschrotten und neue zu bauen. Für seine Finanzhilfe erhält das Reich als Gegenleistung den Anspruch auf die noch ausstehenden Freigabegelder, die etwa 170 Millionen Mark betragen. Ob das Reich davon jemals etwas erhalten wird, ist sehr fraglich, denn Amerika zahlt diese Freigabegelder von den aus Deutschland eingehenden Reparationszahlungen zurück. Während der Krise und im Falle der endgültigen Niederlegung der Reparationsleistungen ist mit einem völligen Ausfall dieser Freigabegelder zu rechnen. Der Einfluß, den sich das Reich auf die Verwaltung der Hopag-Flotte sichern will, ist entsprechend der großzügigen Finanzhilfe zu gering. Von den 30 Mitgliedern des gemeinsamen Aufsichtsrats erkennt das Reich nur einen Vertreter, während acht weitere Mitglieder das Vertrauen und damit die Zustimmung des Reiches besitzen müssen. Die Gegenleistungen, die hier der Staat für seine Hilfe erhält, sind viel zu gering. Wenn das Reich kapitalistische Unternehmen vor dem Zusammenbruch schützt, dann verlangen wir auch für den Staat ein dem Umfang dieser Hilfe entsprechendes Kontroll- und Mitbestimmungsrecht über die subventionierten Betriebe.

Die Beiträge sind das Fundament unseres Bundes!

Für die Woche vom 27. März bis 2. April ist der 14. Bundesbeitrag für 1932 zu zahlen.

Die Reichsbahn in der Krise. Der Reichsbahnbericht für das vierte Vierteljahr 1931 ist ein getreues Spiegelbild des wirtschaftlichen Niedergangs in Deutschland. Der Verkehrsrückgang — Personen- und Güterverkehr — drückt das Maß unserer Wirtschaftsrückgang aus. Nach dem Bericht haben im letzten Vierteljahr des verfloßenen Jahres 55 Millionen Personen oder 13 % weniger die Reichsbahn als Verkehrsmittel benutzt, als im gleichen Zeitraum 1930. Beim Vergleich der Personen- und Kilometerzahl ergibt sich ein Rückgang von ebenfalls 13 %. Erheblich größer ist der Rückgang des Güterverkehrs, der von 92 auf 71 Millionen Tonnen oder um 23 % gesunken ist. Die katastrophale Entwicklung der Bauwirtschaft hat dem Güterverkehr starken Vorschub getan. Die Beförderung von Baustoffen fiel am Jahresschluß bei völligem Daniederliegen der Bauwirtschaft fast vollständig aus. Für die Beförderung von 3 e m e n t wurden im vierten Vierteljahr 1931 nur 38 624 Wagen benötigt, gegenüber 67 952 Wagen im gleichen Zeitraum 1930. Das ist ein Rückgang von 43 %. Man muß hierbei noch in Betracht ziehen, daß schon das Vergleichsvierteljahr 1930 einen Tiefstand der Bauwirtschaft aufzuweisen hatte. Dem gesamten Wirtschaftsniedergang entsprechen auch die Einnahmen der Reichsbahn, die von 1039,1 Millionen Mark im Vergleichsvierteljahr 1930 auf 865,4 Millionen für den gleichen Zeitraum 1931 sanken. Das bedeutet eine Einnahmeverminderung von 21 %.

Ford will ankurbeln. Henry Ford erklärt der Presse, er sei bereit, alles zu tun, um die Wirtschaft anzukurbeln. Beabsichtigt ist ein Produktionsprogramm von 1,5 Millionen Wagen im Jahr. Die Herstellung der neuen Modelle soll alsbald beginnen und in kürzester Frist auf 5000 bis 6000 Wagen täglich gesteigert werden. Hierzu sei die Beschäftigung von 100 000 Arbeitern zu einem Tagesmindest-

lohn von sechs Dollar notwendig. Die 5500 Motorfahrzeugfabriken würden weitere 300 000 Arbeiter beschäftigen. Außerdem in den eigenen Werken der Ford-Motor-Co. hergestellter Stahl im Werte von 16,5 Millionen Dollar würde die Gesellschaft Stahl im Werte von 47 Millionen Dollar am freien Markt kaufen; Karosserien im Werte von 16 Millionen Dollar sollen in eigenen Werken gefertigt und daneben für 140 Millionen Dollar Karosserien am freien Markt beschafft werden. Ford bekundet zweifellos den Willen zur Tat. Derartige Ankurbelungsversuche können geeignet sein, der Gesamtwirtschaft einen kräftigen Impuls zu verleihen. Leider ist in Europa etwas Derartiges höchst möglich. Auch von den Ford-Werken unseres Erdteils hört man über derartige Versuche nichts.

Heinrich, mit graut vor dir! Unter dieser Stichmarke ipudat die „Deutsche Bergwerkszeitung“ Gift und Galle gegen den christlichen Bergarbeiterführer Heinrich Imbusch. Vor einigen Monaten habe Imbusch die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues gefordert und sich damit als erster christlicher Bergwerksführer offen für die Entlassung der Bergbaukapitalisten — der reaktionärsten Schafmachergruppe Deutschlands — ausgesprochen. Die Schafmacher an der Ruhr haben die christlichen Gewerkschaften immer für einen Schußwall gegen freigerwerbliche und sozialistische Angriffe auf ihre Stellung gehalten. Nun, da sie sich gefaßt haben und Imbusch die Verstaatlichung der Bergwerke als den einzigen Ausweg aus der verzweifeltsten Lage der Bergarbeiterklasse fordert, schäffen sie ihren ganzen Haß über ihn aus. Die Bergwerkszeitung klagt Imbusch an, den Völkshof in den Rücken des Reichskanzlers zu brennen — seines eigenen Parteigenossen — gefaßt zu haben. Während Imbusch für Vertrauen kämpfte, trete er einen Raubzug gegen wohlverdienendes Privatvermögen an. Die Pechstrafe von der Ruhr heißt schon die Brandfackel des Bolschewismus über Deutschland leuchten und das Wort Vertrauen aus dem deutschen Wörterbuch verschwinden. Sie klagt Imbusch weiter an, durch sein Vorgehen die freien Gewerkschaften zu dem Geselzstwurf auf entschuldigungslose Entlassung des Bergbaues veranlaßt zu haben. Die Bergwerkszeitung glaubt die Gefahr am besten zu bekämpfen, indem sie Hilfskräfte im christlichen Lager selbst mobil zu machen sucht. Sie spielt darum den Reichskanzler gegen Imbusch aus; selbst die christlichen Grundzüge, die sich in diesem Schammarerblatt besonders gut auszeichnen, müssen dazu herhalten.

Auf jeder Baustelle

wo mehr als 5 Versicherte beschäftigt sind verlangt Verbandkästen!

Junkerswerke in Zahlungsschwierigkeiten. Nach verschiedenen andern Großunternehmen haben nunmehr auch die Junkerswerke in Deffau ihre Zahlungen eingestellt. Die Zahlungsschwierigkeiten sind veranlaßt durch den Zusammenbruch des Worlagkonzerns, bei dem die Junkerswerke einen Verlust von 700 000 Mark zu verzeichnen haben. Der Vermögensstand der Junkerswerke soll dagegen günstig sein. Einer Schuldenlast von 12 Millionen Mark steht ein Vermögen von 22 Millionen Mark gegenüber; jedoch ist es sehr schwer, die fest angelegten Vermögenswerte flüssig zu machen. Der Bedarf an flüssigem Kapital zur Fortführung der Junkerswerke wird mit 1 bis 6 Millionen Mark beziffert. Die Beschaffung dieser Gelder ist sehr schwierig. Die Junkerswerke sehen sich daher gezwungen, die Zahlungen einzustellen und ein gerichtliches Vergleichsverfahren zu beantragen. Die Nachricht kommt überraschend, da vor kurzer Zeit noch etwa 200 Arbeiter in den Flugzeugwerken neu eingestellt wurden und die vorher verkürzte Arbeitszeit wieder auf 48 Stunden in der Woche ausgedehnt worden war. Die Junkerswerke befanden sich bereits 1925 in Zahlungsschwierigkeiten und sind damals durch das Reich saniert worden. Auch später erhielten sie beträchtliche Reichsmittel in Form von Aufträgen des Reichsverkehrsministeriums. Nach den vorliegenden Meldungen soll eine Reichshilfe für die Junkerswerke nicht gewährt werden, da eine entsprechende Kontrolle über die Verwendung dieser Mittel nicht gewährleistet ist. Die Schwierigkeiten sind wahrscheinlich nicht zuletzt auf die Personalpolitik — ein Teil der leitenden Stellen ist von Nationalsozialisten besetzt — zurückzuführen.

Memelkonflikt verschärft. Die angeblich scharfe Note der Mandatarstände in dem Streit zwischen dem memelländischen Landtag und dem litauischen Direktorium hat anspannend nicht die gewünschte Wirkung gehabt. Nachdem der memelländische Landtag mit 22 gegen 5 Stimmen diesem Direktorium das Mißtrauen ausgesprochen hatte, verließ der Präsident des Direktoriums, der Großhauer Simmat, ein Schreiben des Gouverneurs Merkys, wonach der Landtag aufgelöst wird. Befonderes Aufsehen erregte die Anknüpfung des Direktoriums, daß die „ausländischen“ Beamten und Lehrkräfte — gemeint sind die deutschen — ihre Plätze würden räumen müssen. Nach diesen Vorgängen ist es — trotz Einbreutens des Völkerbundes — die Lage in diesem von Deutschland abgetrennten Gebiete immer mehr zu.



Gedenktafel verstorbenen Mitglieder.

Augustbr. Karl Hochstätter, Maurer, 60 Jahre alt.
Bielefeld. August Beiderbeck, Hilfsarb., 82 Jahre.
Dortmund. (Raupel) B. Sudhoff, Hilfsarb., 42 Jahre.
Dresden. August Kolbe, Juvval, Maurer, 74 Jahre.
(Königsbrück) Wilh. Richter, Juvv, Dienstr., 50 J.
Willy Steuer, Maurer, 49 Jahre alt.
(Dohna) Ernst Thomas, Hilfsarbeiter, 61 Jahre.
Elbing. Max Herzberg, Maurer, 43 Jahre alt.
Eduard Paetsch, Maurer, 69 Jahre alt.
Halle. Herm. Voigt, Juvvalide, 80 Jahre alt.
Cüneburg. Heinr. Erdler, Dachh-Hilfsarb., 40 Jahre.
Magdeburg. Heinrich Spohr, Dienstler, 68 Jahre alt.
Mainz. Friedrich Falkenstein, Maurer, 72 Jahre alt.
David Pfeifer, Hilfsarbeiter, 75 Jahre alt.
Mannheim. (Kampertstraße) Joh. Weizer, Maur., 58 J.
Meißen. (Lommajoh) Karl Müller, Maurer, 35 J.
August Richter, Läger, 83 Jahre alt.
Neubrandenburg. Herber. Ristrow, Maurer, 41 J.
Norderny. Johann Raß, Hilfsarbeiter, 78 Jahre alt.
Romsfeld. (Hilfsmagazin) Wilhelm Mondre, Bauhilfsarb., 40 J., am Tage der Reichspräsidentenwahl von Nazisibanden ermordet.
Rüstringen. Wilhelmshagen. Paul Sedatz, Hilfsarb., 48 J.
Straßund. Wilh. im Voß, Hilfsarbeiter, 66 Jahre alt.
Waldenburg/Schl. Heinrich Lorenz, Botier, 41 Jahre.
Re-nhard Scholz, Maurer, 47 Jahre alt.
Wolbenberg. Hermann Köjke, Maurer, 68 Jahre.
Ehreihrem Andenten!

Baugewerkschaft Odebusch.

Verlagshaus für durchgehende Ratgeber.

Rechtswissenschaften Monatshefte.

Das Bauplan und seine Gefahren. Ein unabhängige Kritik von Finanzrat Karl Simon. Verlag Gut Krupitz, Karlsruher, Berolinerstr. 20. Das Buch gibt eine Uebersicht über die deutschen Baupläne enthalten sind und welche Grundlagen sie arbeiten, es schließt die verschiedenen Gefahren, die der nicht genutzte überlegte Abschluß eines Bauplanvertrages nach sich ziehen kann, und zeigt an zahlreichen Beispielen mit Hilfe der beizugehenden „Ginjalinas“ und Statistiken, wie sich Bauplanverträge vermeiden lassen.

Recht der Arbeit. Vorkurs für Arbeiterbeschaffung von E. Wäber, R. d. z., und S. Edmund, Schmolln. Verlag: Volkshochschulung Steine u. Co., Altona (Hbt.). Die Verfasser vertreten eine unparteiische, schiedsmittlerische, die der Sinn zum alten Eisen geworfenen Grundsätzen der Freigabe überholt. Die Schlußfolgerungen daraus sind praktisch nicht verwertbar. Wie würden uns über den Unterarbeitsverbot des SPD. in Nürnberg, der zu dieser Schrift veröffentlicht hat, die anstatt zur Klärung in der Frage der Arbeitsbeschaffung beitragen, sie noch mehr verwirren.

Woll und Sozialdemokratie. Von Gregor Mendel. Die Welt der Wollindustrie. Die Wollindustrie ist in der Schrift einen Uebersicht über die seit 1918 von der Sozialdemokratie geleistete innen- und außenpolitische Arbeit. Sie ist eine wertvolle Ergänzung der sozialpolitischen Grundsätze der Sozialdemokratie.

Arbeitsbeschaffung bei Unruhestörungen. Verlag E. Mandl, Freiburg i. S. Preis für ein Heft und Mitgliedsbeitrag je 0,30 Mk. Die Zahlen erleichtern die Berechnung der Anwartschaft auf Arbeitsbeschaffung bei Unruhestörungen ist besonders den Gewerkschaftsfunktionären zu empfehlen.

Goethe bei der Wägenfabrik Gutenberg. Das März-Fest der Wägenfabrik Gutenberg einmal anlässlich des hundertsten Bestehens Goethes einen ihrer wertvollsten Artikel, der bei einer Beschreibung der historischen Verhältnisse und der Bedeutung Goethes für ein ganzes Jahrhundert nicht die Reichsbundzeitung dieses Festes und Wägenfabrik überließ. Das Fest hinfällig ist, die Wägenfabrik des H. Durrstoffs und ein großes sehr unangenehmem Geschehen an. Erzählungen und Abbildungen, darunter besonders interessante Fotografien von Professor Karl Wölling führen das März-Fest dieser Schrift, die den Mitarbeitern der Wägenfabrik Gutenberg in einer Auflage von 80 000 kostenlos ausgeht.

Der Durchbruch. Internationale Monatshefte. Herausgegeben von Hermann Bader. Verlag E. Mandl, Freiburg i. S. Preis für ein Heft und Mitgliedsbeitrag je 0,30 Mk. Das Heft 3 dieser Schrift ist der Arbeiterbeschaffung gewidmet und enthält die wertvollsten Beiträge zur Arbeiterbeschaffung.

Gewerkschaftsrecht. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Spring. Verlag Karl Spring, Verlagsgesellschaft, Jena, G.-J.-G.-Str. 36. Stetigfortschreitend 3,50 Mk.

Wer Tasch.-u. Arm.-Uhr ganz billig
Wer Tasch.-u. Arm.-Uhr ganz billig
Uhren-Kasse, Hm. SW 29/71, Zossener Str. 10

Peelste Bezugsquelle

Neue Gänsefedern

von der Gans gerupft, mit Dauen, dopp. gereinigt, Pld. 2,50, allerb. Qualität 3, —, nur kleine Federn (Halbdauen), 4,25, 4, Dauen 6, —, gereinigte gerissene Federn mit Dauen 3,50 u. 4,75, hochpr. 5,75, allerb. 7, —, 1a Volltauen 9, — u. 10, — Für reelle, staubf. Ware Garant. Versand gegen Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgefall. nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Mann o. F. G.**, Gänse-mästerei **Neufraun 5 b** (Oderb.) Aeltestes und größtes Bettfederverhandelseschäft des Oderbruches, reg. 1832.

Louis Mosberg

Bietet 2

In Berufskleidung und Werkzeugen unübertroffen.

— Ermöglicht Praktika gratis.

großer Preisband. billige namische Bettfedern.

1 Pfd. grau, gute geschlossene Bettfedern 90 P. besserer Qualität 30 P. halbw. 1 flaumige 1, — Mk., 1,30 Mk., weiße, flaumige, geschlossene 1,50 Mk., 1,80 Mk., 2,50 Mk. „reinst. geschlossene“ Halbflaum-Herrschaffsfedern 3, — Mk., 3,50 Mk., 4, — Mk. Ruyfedern, ungeschlitten mit Flaum gemengt, halbweiß 1,35 Mk., weiß 1,95 Mk. weißer, allertineste Flaumrupi 2,25 Mk., 3,25 Mk., 4,25 Mk. Muster und Preisliste kostenlos. Versand teet. Men'e zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an auch portofrei. Nichtpassend wird umg. tauscht od. Geld zurück. 5. Heusch in Prax XII Amer'ck ulz Nr. 14. Blümen

Kaestli

Klebst- und Koll-
von Arthur Kapelle
Berlin, N 59
Alle Schenkenstr. 51
Tele. 1011

M. Mosberg

Bielefeld, Hiltelbecker Straße 5
Die beste Berufskleidung.
Qualitäts - Wertigkeit,
Preiswertigkeit - Litzung gratis.

Gummiwaren.

hygien. Artikel, Preisl.
C. I. groß. Medicin.
Berlin SW 68, Alte Jauchstr. 8

„Das Bauwerk“

... torn an jedermann

Futche

Herrn- ab Damen-
Stoffe Stoffe
Kleider Kleider
Muster

Fabrik

Lehmann & Assmy,
Achtloster Tuchverand,
haus mit eig. Fabrikation
Spramberg i. L. 3

Fahrräder

von RM 32,- an,
bester Preis
von RM 49,- an,
Motorfahrräder
von RM 68,- an
mit Garantie.
Willy Wellerdick
Brackwede-Bielefeld 35